Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
29. Jahrgang | Nr. 3 / 2024

10 Jahre Senioren-sicherheitsberater M-V

Innenminister Christian Pegel würdigt Präventionsarbeit für Senioren

Innenminister Christian Pegel eröffnet die Fachtagung.

Der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V Christian Pegel hat am 22. Mai dieses Jahres die Arbeit der Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Projektes feierlich in Güstrow geehrt.

Zehn Jahre, das ist ein großartiges Zeugnis für ein so spezielles Projekt. Das Angebot der Seniorensicherheitsberater (SSB) hat die Landespolizei MV mit dem Landesseniorenbeirat MV anlässlich der Vorbereitung des 7. Landespräventionstages M-V „Sicher und aktiv im Alter“ am 28. November 2013 in Schwerin ins Leben gerufen, um für die Altersklasse 60+ in unserem Land eine besondere Komponente in die polizeiliche Präventionsarbeit einfließen zu lassen. Dabei klären pensionierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Vor-

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

gegenwärtig werden nach den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Seniorenbeiräte der Landkreise, der Städte und Gemeinden neu berufen. Dies erfolgt auf der Grundlage der jeweils gültigen Satzungen der Kommunen und der Beiräte. Die Auswahl und Berufung erfolgt in den nächsten Monaten in der Regel durch die zuständige Kommunalvertretung.

Im Juli sind die Einladungen an die Delegierten des 13. Altenparlaments am 21. November 2024 durch das Organisationskomitee verschickt wurden. Beigefügt sind Beschlussentwürfe zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, zur Entwicklung einer Landespflegestrategie und einer seniorengerechten Infrastruktur. Diese sollen nun in Vereinen, Verbänden und Organisationen diskutiert und Änderungswünsche erarbeitet werden. Wir können nur um eine breite Beteiligung bitten. Zwischenzeitlich werden die Fraktionen des Landtages und die Landesregierung ihren Anteil an der Umsetzung der Beschlüsse des letzten Altenparlaments abrechnen und dem Organisationskomitee übergeben. Der Landesseniorenbeirat wird die Unterlagen auf seiner Homepage www.landesseniorenbeirat-mv.de allen Interessierten zur Verfügung stellen.

Ich rufe alle Seniorinnen und Senioren auf, sich mit der Entwicklung der gesetzlichen Rente und der Altersvorsorge insgesamt zu beschäftigen. In den Medien jagt eine Horrormeldung die andere zu den Kürzungsvorstellungen bei der gesetzlichen Rente. Zu den letzten Altenparlamenten haben wir mehrfach zu den Themen Altersarmut und Altersvorsorge Stellung bezogen. Wir fordern endlich ein gerechtes solidarisches System der Altersvorsorge, in das alle einbezogen werden. Nutzen wir gegenwärtig laufende Petitionen oder Unterschriftensammlungen aber auch eigene Initiativen, um unseren Willen kundzutun.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern und deren Familien für den vor uns liegenden Herbst alles Gute, bleiben Sie gesund und denken wir auch an die einsamen Menschen, die unserer Hilfe bedürfen.

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	11	**Gründung Antidiskriminierungsverband M-V**
Seite	20	**Große Pflegereform unausweichlich**
Seite	21	**Aus Landkreisen und Städten**

Fortsetzung von Seite 1

trägen und Gesprächen in Seniorengruppen über Kriminalitätsrisiken, Gefahren im Straßenverkehr und Schutzmöglichkeiten auf und geben entsprechende Handlungsempfehlungen weiter. Begonnen wurde 2014 mit vier pensionierten Polizeibeamten des LKA. 2015 folgten die nächsten Seniorensicherheitsberater der Polizeipräsidien Neubrandenburg und Rostock.

„Aktuell gibt es landesweit 18 Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater", erklärt Innenminister Christian Pegel. Mehr als 570.000 Menschen über 60 Jahren leben Ende 2022 in Mecklenburg-Vorpommern. Im Zuge des demografischen Wandels wird die Gruppe der älteren Generation wachsen und auch für die

SENIOREN SICHERHEITS BERATER MV

Arbeit der Polizei weiter an Bedeutung gewinnen. Bislang haben die SSB des Landes auf insgesamt 1.000 Beratungsveranstaltungen bereits mehr als 25.000 Seniorinnen und Senioren unterstützt und beraten. In den zurückliegenden Jahren mussten die SSB ihre Arbeit aufgrund der Corona-Pandemie erheblich einschränken und konnten erst wieder 2023 starten. Seitdem konnten insgesamt 185 Veranstaltungen mit etwa 4.885 Seniorinnen und Senioren durchgeführt und die Ergebnisse vor Corona wieder erreicht werden. Über den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung (LfK) erhält der Landesseniorenbeirat als Projektträger jährlich für das landesweite Projekt 9.000 Euro.

„Präventionsarbeit ist generell eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von vielen haupt- und ehrenamtlichen Stellen im Land. Die Besonderheit dieses Projekts besteht aber darin, dass die Seniorensicherheitsberater

Mit einer gemeinsamen Urkunde des Landeskriminalamtes und des Landesseniorenbeirats wurde den Seniorensicherheitsberatern Dank und Anerkennung ausgesprochen. *Fotos: Innenministerium MV*

nicht nur ehrenamtlich tätig, sondern darüber hinaus auch pensionierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei sind und somit insbesondere in Bezug auf Alter und Erfahrung ganz spezielle Voraussetzungen an den Start bringen. Sie können sich aus ihrer eigenen Lebenswelt gut in die Probleme, Sorgen und Ängste der Seniorinnen und Senioren hineinversetzen und gleichzeitig mit ihrer Fachexpertise die richtigen Antworten und Hinweise geben. Die Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater sind ein absoluter Gewinn für unsere Kriminalitätsvorbeugung", sagt der Minister.

Der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats M-V Bernd Rosenheinrich bedankte sich bei den aktiven Seniorensicherheitsberaterinnen und -beratern für ihre anspruchsvolle Tätigkeit. Als einer der damaligen Akteure, die das Projekt ins Leben gerufen haben,

Hartmut Braun, Siegmund Bruhn und Bernd Fritsch (v.r.n.l.) berichten im Panelgespräch von ihrer Tätigkeit als Seniorensicherheitsberater

stellte er dessen Entwicklung bis zum heutigen Tag dar. Von den ersten vier Beratern ab 2014 ist noch Bernd Fritsch aktiv. Gudrun Schuster ist seit Januar 2015 als erste Frau beratend tätig.
Mit einer gemeinsamen Urkunde des Landeskriminalamtes und des Landesseniorenbeirats wurde den Seniorensicherheitsberaterinnen und -beratern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit und Leistung als Seniorensicherheitsberater Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Übergabe erfolgte durch Minister Christian Pegel, Charlotte Eckert vom LKA und Bernd Rosenheinrich vom Landesseniorenbeirat.
Fachvorträge von Dr. Xenia Schmidt-Esse, Dezernatsleiterin Polizeiliche Prävention des LKA M-V zum Thema „Blick auf das Projekt – Entwicklung der Phänomenbereiche“ und von Prof. Dr. Stefan Schmidt, Professor für Klinische Pflege mit dem Schwerpunkt Pflege- und Versorgungskonzepte an der Hochschule Neubrandenburg zum Thema „Gewalt in der Pflege“ bildeten einen weiteren Höhepunkt der Festveranstaltung.
Zum Abschluss gab es ein Panelgespräch: „Zwischen Euphorie und Frustration“. Hier gaben Seniorensicherheitsberater Erfahrungsberichte und auch die Motivation aus und für ihre Beratungstätigkeit wieder.
Schock-Anrufe, der sogenannte Enkeltrick oder falsche Polizisten, aktuell gibt es viele Betrugsmaschen und Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.
Dank der Arbeit unserer Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater wurden bereits viele Seniorinnen und Senioren, aber auch deren Angehörige, zu möglichen Gefahren im Alltag sensibilisiert, gleichzeitig wurde ihr Selbstbewusstsein gestärkt. Um dies weiter zu stärken und zu verbessern, wurde von den Präventionsmitarbeitenden im Landeskriminalamt ein neuer Flyer „Durchschaut – ein Anruf reicht“ vorgestellt. Gut 10.000 Stück gehen zunächst ins Land, um vor allem vor Schockanrufen zu warnen und über diese noch intensiver aufzuklären. Im Jahr 2023 belief sich der Gesamtschaden in Mecklenburg-Vorpommern auf rund 7,5 Millionen Euro, im Vorjahr waren es gut 3,8 Millionen Euro. Für die Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater gibt es auch in Zukunft noch viel Arbeit.

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de sowie auf den Seiten des Landeskriminalamtes: https://www.polizei.mvnet.de/Pr%C3%A4vention/Generation-60%2B/ ■

Projekt Seniorensicherheitsberater wird gefördert durch:

PROVINZIAL

und

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Betrugsdelikte im Wandel

Täterperspektiven und Schutzmaßnahmen

In den letzten zehn Jahren haben Betrugsmaschen gegen ältere Menschen stark zugenommen. Seniorinnen und Senioren sind besonders gefährdet, da sie oft Ersparnisse zu Hause aufbewahren und weniger Erfahrung mit modernen Kommunikationsmitteln haben.
Diese Faktoren machen sie zu attraktiven Zielen für Kriminelle.
Die demografische Entwicklung zeigt, dass der Anteil der über 65-Jährigen in Mecklenburg-Vorpommern von 25,4 Prozent im Jahr 2017 auf voraussichtlich 32,5 Prozent im Jahr 2040 steigen wird. Nationale und internationale Studien belegen, dass das Risiko, Opfer von Kriminalität zu werden, ab dem jungen Erwachsenenalter kontinuierlich abnimmt, jedoch im höheren Alter durch spezialisierte Täter wieder ansteigt.

Warum suchen sich Täter gezielt ältere Menschen aus?
Viele ältere Menschen bewahren ihre Ersparnisse zu Hause auf und stehen dem bargeldlosen Zahlungsverkehr skeptisch gegenüber. Diese Gewohnheit macht sie anfällig für Diebstahl und Betrug. Zudem erhöhen soziale Isolation und der Wunsch nach Kommunikation die Gefahr, auf Betrüger hereinzufallen. Täter nutzen häufig alt klingende Vornamen aus Telefonbüchern

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

oder Online-Datenbanken, um gezielt ältere Menschen anzurufen. Die Folgen für die Opfer sind schwerwiegend: finanzielle Verluste, das Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit, Wut, Scham und erhebliche psychische Belastungen bis hin zu Depressionen.

Wie gehen die Täter vor?
Organisierte Tätergruppen nutzen vielfältige Methoden, um Vertrauen aufzubauen und ältere Menschen zu täuschen. Die Täter manipulieren das Vertrauen der Opfer, erzeugen Dringlichkeit und verwenden gefälschte Identitäten oder Informationen, um ihre Täuschungen glaubwürdig erscheinen zu lassen. Emotionale Beeinflussung durch Angst, Gier, Mitgefühl und Liebe führt oft zu einem getrübten Urteilsvermögen der Opfer. Die Schadenssummen sind dabei oft erheblich, und die psychischen Folgen für die Opfer gravierend.

HIER SIND EINIGE DER GÄNGIGSTEN BETRUGSDELIKTE:

Enkeltrick: *„Hallo Opa, ich bin es…!"*
Wird als Antwort der Name des Enkels oder auch anderer Angehöriger genannt, beginnt die perfide Masche der Betrüger. Der angebliche Enkel befindet sich ganz akut in finanziellen Nöten. Er stellt die Lage als äußerst dringend dar und bittet um Hilfe. Oftmals wird ein Freund geschickt, um das Geld abzuholen.

Falscher Polizist: *„Wir müssen Sie warnen! Ihr Geld ist in Gefahr."*
Der falsche Polizist berichtet von einer Diebesbande, die in der Gegend ihr Unwesen treibt. Laut einer scheinbaren Liste, auf der Ihr Name und Ihre Adresse stehen, wollen die Diebe angeblich auch zu Ihnen kommen. Ihr Geld und Ihr Schmuck sind laut dem falschen Polizisten nicht sicher bei Ihnen zu Hause. Polizisten kommen zu Ihnen, um das Geld sicherzustellen und den Tätern eine Falle zu stellen.

Nach einer wahren Begebenheit: Gesamtschaden über 160.000 Euro

Bei der Geschädigten meldeten sich falsche Polizisten, sie erzählten, dass sie Opfer von einem Raub mit Schusswaffengebrauch werden soll. Sie forderten die Geschädigte mit mehreren Anrufen auf, ihre Finanzen darzulegen. Das Opfer übergab anschließend 22.245 Euro in bar, mehrere Goldbarren, Schmuck und zwei Sparbücher sowie ihr Mobiltelefon. Dieses wurde in einem Beutel vor der Haustür abgelegt und von den Tatverdächtigen übernommen.

Mai 2022

Schockanruf: *„Hier ist die Polizei. Es ist etwas Schlimmes passiert!"*
Bei einem solchen Anruf geben sich die Betrüger als Polizeibeamte, Staatsanwälte oder Richter aus und setzen die Angerufenen massiv unter Druck. Sachlich wird Ihnen erklärt, dass Sie eine Kaution zahlen müssen, um ihren Sohn oder ihre Tochter vor dem Gefängnis zu bewahren. Sie werden aufgefordert, das Geld an einen Polizeibeamten in Zivil oder einen Rechtsanwalt zu übergeben, damit ihr Angehöriger auf Kaution aus dem Gefängnis kommt.

Gewinnspielbetrug: *„Herzlichen Glückwunsch! Sie haben gewonnen!"*
Ihnen wird mitgeteilt, dass Sie eine stattliche Summe in einem Gewinnspiel (z.B. Lotto) gewonnen haben. Doch Vorsicht, falsche Notare oder Rechtsanwälte fordern von Ihnen eine Vorleistung.
Plötzlich werden Gebühren für Zoll, Bearbeitung oder Transportkosten fällig. Die Gebühren sollen vor Erhalt des Gewinns durch die telefonische Übermittlung von Codes, von Gutscheinkarten oder Überweisung auf ausländische Bankkonten bezahlt werden.

Nach einer wahren Begebenheit: Gesamtschaden über 12.500 Euro

Das Opfer bekam einen Anruf einer Mitarbeiterin einer Gewinnspielfirma, die ihm einen Gewinn von 90.000 Euro avisierte.
Für die Auszahlung des Gewinns sollten Gebühren von gut 10.000 Euro durch den nun Geschädigten in Form von Paysafe-Karten übermittelt werden. Diese erwarb er über seine Visa Kreditkarte. Nachdem er die Paysafe-Kartennummern übermittelt hatte, sollte ein Treffen in Schwerin zur Übergabe des Gewinns stattfinden.
Kurz vor dem Treffen wurden neue Gebührenforderungen in Höhe von mindestens 2.500 Euro an das Opfer übermittelt. Es erschien niemand am Treffpunkt.

Mai 2023

Betrugsdelikte im Wandel
Die Anzahl der gemeldeten Betrugsdelikte gegen ältere Menschen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.
Dies könnte auf ein verändertes Anzeigeverhalten und eine erhöhte Sensibilisierung der Gesellschaft zurückzuführen sein.
Während früher vor allem klassische Methoden wie der Enkeltrick genutzt wurden, haben sich die Betrugsmaschen durch die Digitalisierung weiterentwickelt.
Heutzutage werden differenzierte Facetten wie der WhatsApp-Enkeltrick, Love Scam und Phishing verwendet.
Statistiken zeigen eine stetige Zunahme der Fälle und der damit verbundenen finanziellen Schäden.
Beispielsweise sind die gemeldeten Fälle von Trickstraftaten von 239 im Jahr 2014 auf 2.393 im Jahr 2023 angestiegen, wobei die jährlichen Schäden von 188.383 Euro auf 4.715.644 Euro gestiegen sind.

Wie können sich Seniorinnen und Senioren besser vor Betrug schützen?

Um sich zu schützen, sollten Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörige sich regelmäßig über die aktuellen Betrugsmaschen informieren.

Wichtige Maßnahmen sind: misstrauisch gegenüber unbekannten Anrufern zu sein, keine persönlichen Daten preiszugeben und bei verdächtigen Situationen sofort die Polizei zu informieren.

Zusätzlich sollten ältere Menschen ermutigt werden, ihre Ersparnisse sicher zu verwahren und sich mit modernen Zahlungsmethoden vertraut zu machen.

Fazit und Ausblick

Die stetige Zunahme der Betrugsdelikte gegen ältere Menschen unterstreicht die Bedeutung von Aufklärung und Prävention. Polizei und andere Institutionen arbeiten kontinuierlich daran, geeignete Schutzmaßnahmen zu entwickeln und anzubieten.

Ziel ist es, die Sicherheit und Lebensqualität der älteren Bevölkerung zu gewährleisten. Die wachsende Digitalisierung bringt zwar neue Herausforderungen mit sich, bietet aber auch Chancen für gezielte Präventionsmaßnahmen.

Es bleibt essentiell, wachsam und gut informiert zu sein, um sich und andere vor Betrug zu schützen. Ältere Menschen sollten ermutigt werden, verdächtige Situationen sofort zu melden und sich nicht zu scheuen, Hilfe zu suchen. Nur so kann die Sicherheit dieser besonders gefährdeten Gruppe langfristig verbessert werden.

Weiterführende Hinweise, Informationen und Medienangebote zum Thema Sicherheit der Generationen 60+ und anderen Themen der polizeilichen Prävention unter www.polizei-beratung.de.

Dr. Xenia Schmidt-Esse und Miriam Schneider, Landeskriminalamt MV, Polizeiliche Prävention

Gewalt in der Pflege

Ein oft unterschätztes und dringliches Problem

Gewalt in der Pflege ist ein komplexes und alarmierendes Phänomen, das sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegende betrifft. In einer alternden Gesellschaft, in der der Bedarf an Pflege kontinuierlich steigt, ist die Auseinandersetzung mit diesem Thema von hoher Bedeutung. Vorliegender Beitrag beleuchtet unterschiedliche Facetten der Gewalt in der Pflege, zeigt Ursachen auf und unterstreicht die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen.

Die vielen Gesichter der Gewalt in der Pflege

Gewalt in der Pflege kann sich in unterschiedlichen Formen äußern. Sie reicht von körperlicher Gewalt, wie Schlägen oder Festhalten, über psychische Gewalt, wie Demütigungen und Drohungen, bis hin zu Vernachlässigung und finanzieller Ausbeutung. Diese Gewaltformen treten oft im Verborgenen auf, da die betroffenen Pflegebedürftigen häufig in Abhängigkeit zu den Pflegenden stehen und sich nur schwer wehren können.

Besonders erschreckend ist, dass Gewalt nicht immer offensichtlich ist. Vernachlässigung, beispielsweise durch unterlassene Pflege oder mangelnde medizinische Versorgung, ist eine subtile, aber äußerst schädliche Form von Gewalt. Ebenso gravierend sind psychische Gewaltakte, wie das Ignorieren von Bedürfnissen oder die bewusste Isolation von Pflegebedürftigen.

Ursachen und treibende Faktoren

Die Ursachen für Gewalt in der Pflege sind vielschichtig und oft miteinander verknüpft. Ein zentraler Faktor ist die Überforderung der Pflegenden, die häufig unter enormem Zeitdruck arbeiten müssen. Diesen Druck spüren sowohl beruflich Pflegende wie auch informell Pflegende, z.B. Zu- und Angehörige. Druck kann wiederum zu Stress, Erschöpfung und in Extremfällen zu aggressivem Verhalten führen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die strukturelle Gewalt, die sich aus den Rahmenbedingungen des Pflegesystems ergeben kann. Schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Anerkennung und geringe Vergütung tragen dazu bei, dass Pflegende sich alleingelassen fühlen und die Situation als ausweglos empfinden. Dies erhöht das Risiko, dass sich Frustration in Form von Gewalt entlädt.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Gesellschaftliche Faktoren, wie die oft unzureichende Wertschätzung von Pflege, spielen ebenfalls eine Rolle. In einer Gesellschaft, die Pflegearbeit als weniger wichtig oder weniger wertvoll ansieht, besteht die Gefahr, dass die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen nicht ernst genommen werden. Dies kann zu einer Verrohung des Umgangs mit den Schutzbefohlenen führen.

Die gravierenden Auswirkungen auf Betroffene

Für die Opfer von Gewalt in der Pflege können die Folgen verheerend sein. Körperliche Verletzungen, die durch direkte Gewaltakte entstehen, sind oft offensichtlich, aber auch psychische Traumata sind weit verbreitet. Die Angst vor erneuter Gewalt und das Gefühl von Hilflosigkeit können zu schweren psychischen Störungen führen und das Vertrauen in Pflegepersonen und -einrichtungen nachhaltig zerstören.

Darüber hinaus hat Gewalt in der Pflege auch tiefgreifende soziale und gesellschaftliche Auswirkungen. Sie trägt zur Stigmatisierung von Pflegebedürftigen bei und kann das Bild von Pflegeeinrichtungen in der Öffentlichkeit negativ beeinflussen. Dies kann dazu führen, dass Menschen, die Pflege benötigen, aus Angst vor Misshandlungen auf notwendige Unterstützung verzichten.

Gewalt in der Pflege kann also vielfältige psychische Folgen für die Betroffenen haben.

Dazu zählen unter anderem Stress, Unruhe, Angst und Verzweiflung, die oft zu Schlafproblemen, Antriebslosigkeit und depressiven Symptomen führen. Pflegebeziehungen werden durch Gefühle der Ohnmacht, Erniedrigung und Aggression belastet, was zu einem Verlust von Vertrauen und Respekt führen kann. In Einrichtungen äußert sich dies häufig in Form von Angst, Wut und Verzweiflung, was wiederum zu einer erhöhten Fluktuation und zahlreichen Kündigungen beitragen kann

Prävention und notwendige Maßnahmen

Die Prävention von Gewalt in der Pflege erfordert eine ganzheitliche Strategie, die auf mehreren Ebenen ansetzt. Zunächst ist es wichtig, Pflegende durch Schulungen und Fortbildungen für die Anzeichen und Auswirkungen von Gewalt zu sensibilisieren. Sie müssen lernen, wie sie Überforderungssituationen erkennen und rechtzeitig Hilfe suchen können.

Prof. Dr. Stefan Schmidt bei seinem Vortrag auf der Fachtagung 10 Jahre Seniorensicherheitsberater

Foto: Innenministerium MV

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege von Bedeutung.

Eine angemessene Personalausstattung, faire Bezahlung und ausreichende Pausen sind grundlegende Voraussetzungen, um die psychische und physische Gesundheit der Pflegenden zu erhalten und somit Gewalt vorzubeugen.

Ebenfalls wichtig sind Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung von Pflegenden, wie Supervision und psychologische Betreuung. Ein offener Austausch über Probleme und Herausforderungen im Pflegealltag kann dazu beitragen, Gewalt zu verhindern, bevor sie entsteht.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Etablierung von Meldesystemen, die es Pflegebedürftigen und Pflegenden ermöglichen, Gewalt anonym zu melden. Diese Systeme müssen niedrigschwellig und gut erreichbar sein, um eine möglichst breite Nutzung zu gewährleisten.

Der gesellschaftliche Handlungsbedarf

Gewalt in der Pflege ist nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Es bedarf eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels, um Pflegearbeit als wertvollen und respektvollen Beruf anzuerkennen und zu fördern.

Dazu gehört auch die politische Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Gewalt in der Pflege verhindern.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema und die Förderung einer Kultur der Achtsamkeit und des Respekts im Umgang mit Pflegebedürftigen sind unerlässlich. Nur wenn Gewalt in der Pflege offen thematisiert wird, können nachhaltige Lösungen entwickelt werden.

Fazit

Gewalt in der Pflege ist ein Thema von großer Bedeutung, dass nicht länger ignoriert werden darf. Es betrifft Pflegebedürftige, Pflegende und die gesamte Gesellschaft gleichermaßen. Umso wichtiger ist es, dass konkrete Maßnahmen zur Prävention ergriffen und der Schutz von Pflegebedürftigen gewährleistet wird.

Die Herausforderungen sind vielfältig, doch durch gezielte Prävention, verbesserte Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Anerkennung der Pflege kann ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um Gewalt in der Pflege zu verhindern und eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten.

Prof. Dr. Stefan Schmidt

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von Mai bis August in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

An der Abschlussveranstaltung zum Dialogprozess zur **Weiterentwicklung des EQG** in Schwerin nahm Brigitte Seifert am 13. Mai 2024 teil. Es wird ein Eckpunktpapier als Grundlage für das Wohn- und Teilhabegesetz (WOTG MV) erarbeitet.

*

Am 17. Mai 2024 tagte der **Runde Tisch gegen Einsamkeit im Alter – AG 5** in einer Online-Konferenz. Im Auftrag des Landesseniorenbeirat MV nahm Brigitte Seifert teil. Frau Prof. Dr. Höppner-Buchmann von der Helios-Klinik Schwerin referierte zum Thema „Einsamkeit im höheren Lebensalter und deren gesundheitlichen Folgen".

*

Brigitte Gluth nahm am 22.Mai 2024 an der Veranstaltung des **3. Runden Tisches Medienkompetenz** in Wismar teil. Hier wurde die Studie FAMOS, Fachkräfte Medienbildung in MV, vorgestellt. Es wurden Bedarfe an Qualifizierung ermittelt.

*

An der Festveranstaltung **10 Jahre Seniorensicherheitsberater** am 22. Mai 2024 nahmen der Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Bernd Rosenheinrich sowie sein Stellvertreter Joachim Kießling teil. (Seite 1 bis 3).

*

Das Digitale **Netzwerktreffen „Mitmischen in MV"** fand am 30. Mai 2024 statt. Es wurde über den aktuellen Stand der Arbeit der Enquetekommission „Jung sein in MV" berichtet. Der zweite Themenkomplex befasste sich mit der non-formalen Bildung und der dritte beschäftigt sich mit dem gesunden und sicheren Aufwachsen. An der Veranstaltung nahm Brigitte Seifert für den LSB teil.

*

Am 4. Juni fand die Sitzung des **Organisations-Komitees des XIII. Altenparlaments** unter Leitung der Vorsitzenden Brigitte Seifert statt. Hier wurden die Leitanträge zum Versenden an die Delegierten vorbereitet.

*

Im Auftrag des Landesseniorenbeirates nahm Peter Lundershausen am 8. Juni 2024 als Kuratoriumsmitglied der Ehrenamtsstiftung MV am diesjährigen Ehrenamtstag im Wildpark-MV in Güstrow teil. Hier wurde der Ehrenamtspreis 2024 vergeben. In diesem Jahr lag der Fokus auf dem Engagement junger Menschen. Mehr dazu auf Seite 16.

*

Am 13. Juni und am 18. Juli tagte die **AG Herausforderung Demenz im Pakt für Pflege** und arbeitete an Leitzielen und Handlungsfeldern zur Erarbeitung eines Demenzplanes für M-V. Dr. Lilli Neumann berichtete über das Abstimmungsgespräch mit Ministerin Drese. Der Herangehensweise der AG „Herausforderung Demenz" wird zugestimmt:

- Entwicklung eines Demenzplans für M-V „aus der Praxis heraus", um die Bedarfe im Land abzubilden;
- der Demenzplan sollte ständig fortgeschrieben werden;
- Ziel ist es, zügig in die Umsetzung von Maßnahmen zu kommen.

In der AG arbeitet Bernd Rosenheinrich für den LSB mit.

*

Die Teilnehmer des **Runden Tisches „Pflege"** trafen sich am 24.Juni 2024 in Pasewalk. Brigitte Seifert nahm an der Veranstaltung teil. Unter Leitung der Mitarbeiter im Projekt „Na©hversorgt" wurden Fragen und Probleme der Pflege und zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung durch Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum diskutiert.

*

Die **Lenkungsgruppe des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung** (LfK) tagte unter Leitung der Geschäftsführerin Monika-Maria Kunisch am 27. Juni per Videokonferenz. Schwerpunkt war die Vorbereitung des 13. Landespräventionstages 2025 zum Thema „Gewalt in der (häuslichen) Pflege" am 3. Juli 2025 in Neubrandenburg. Eine vorläufige Tagesordnung und die Auswahl der Themen und Referenten wurde erarbeitet und abgestimmt. Der Vorsitzende des Landesseniorenbeirats ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Die AG „Seniorensicherheit" des LfK hatte diesen Vorschlag dem Vorstand des LfK unterbreitet und wurde von diesem beschlossen.

*

Brigitte Seifert und Bernd Rosenheinrich nahmen am 2. Juli 2024 an einer Beratung mit Mitarbeitern des Lan-

desjugendringes MV zur **Vorbereitung des Generationendialogs** am 22. November 2024 in Schwerin teil.

*

Per Videokonferenz traf sich am 4. Juli die Vorbereitungsgruppe der landesweiten **Gedenkveranstaltung „ERINNERN, BETRAUERN, WACHRÜTTELN"** zu Verbrechen in der NS-Zeit am 27. Januar 2025 im Klinikum Schwerin. Die im ersten Vorbereitungstreffen erarbeiteten Vorschläge für die Gedenkveranstaltung wurden diskutiert und konkretisiert. Da dies in Schwerin stattfinden wird, nahm der Vorsitzende als Vertreter des Landesseniorenbeirats teil. Christoph Schneider berichtete zum aktuellen Stand der Erstellung ei-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

nes Gedenkortes am Kinderzentrum Mecklenburg gGmbH, der am 27. Januar 2025 eröffnet werden soll.

*

Am 17. Juli tagte die **AG „Seniorensicherheit" beim LfK** unter Leitung des Vorsitzenden des LSB und der Geschäftsführerin des LfK und beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Broschüre zur Gewalt in der Pflege. Diesen hatte die Geschäftsführerin des LfK, Frau Monika-Maria Kunisch, unter Einbeziehung verschiedener Zuarbeiten von AG-Mitgliedern bzw. einbezogenen Experten erarbeitet.

*

Ein Workshop der Hochschule Neubrandenburg zum Thema **Forum 60 plus** fand am 17. Juli statt. Peter Lundershausen nahm im Auftrag des Landesseniorenbeirates daran teil. Prof. Dr. Claudia Vogel referierte zum Thema „Ehrenamtliches Engagement von älteren Menschen und für ältere Menschen". Weitere Themen waren „Digitalisierung für ältere Menschen" mit Michael Zeipelt vom Digitalen Innovationszentrum Neubrandenburg sowie „Engagement im Seniorenbeirat" mit Peter Lundershausen.

Reinhard Oertel nahm am 19. Juli an der **Sitzung des Landespflegeausschusses** teil. Zu den Tagesordnungspunkten gehörten unter anderem: der Landessteuerungsausschuss Pflegestützpunkte, der Bericht des Medizinischen Dienstes zur Qualitätsprüfung sowie der DAK-Pflegereport. Die bestehenden Arbeitsgruppen zum Pakt für die Pflege berichteten zum Stand ihrer Arbeit. Ende August sollen vier weitere Arbeitsgruppen mit der Arbeit starten. Hier werden Brigitte Seifert und Reinhard Oertel für den LSB mitwirken. Des Weiteren wurde zur Ausbildungsumlage für teilstationäre Einrichtungen diskutiert und über den Arbeitsstand der Weiterentwicklung des Einrichtungenqualitätsgesetzes (EQG) berichtet, das zu einem modernen Wohnformen- und Teilhabegesetz (WoTG) umgestaltet werden soll.

*

Das Sozialministerium M-V, Referat Familienpolitik, Seniorenpolitik, freiwilliges Engagement hatte im Rahmen des **„Runden Tisches gegen Einsamkeit im Alter"** am 23. Juli zu einem World-Cafè in das Mehrgenerationenhaus nach Ludwigslust eingeladen. Peter Lundershausen und Bernd Rosenheinrich nahmen als Vertreter des Landesseniorenbeirats teil. Brigitte Gluth vertrat hier den Kreisseniorenbeirat Nordwestmecklenburg. Folgende Themen wurden an den Thementischen diskutiert:

- Wie können wir Gemeinschaft schaffen?
- Welche Orte brauchen wir dafür?
- Wie kann Ansprache für neue Betätigungen gelingen?
- Wie finde ich Gleichgesinnte?

*

Am 25. Juli fand ein Treffen des Vorsitzenden Bernd Rosenheinrich mit Niels Thiede im Sozialministerium statt. Zwischenzeitlich ist das Referat Seniorenpolitik dem Referat Familienpolitik, Seniorenpolitik, freiwilliges Engagement in der Abteilung Jugend, Familie und Sport zugeordnet worden. Der stellvertretende Abteilungsleiter und Referatsleiter Niels Thiede stellte sich vor und es fand ein erster **Austausch zur Seniorenpolitik des Landes** statt. Ausgangspunkt war das Seniorenmitwirkungsgesetz des Landes, die Rechte und Pflichten des Landesseniorenbeirats und die Rolle des Altenparlaments. Von den Mitarbeiterinnen des vormaligen Referats nahm Cornelia Kropp teil. ■

Wortmeldung

Sport und Gesundheit mit Tischtennis

Als Aktiver nahm ich im Juli an den World Master Games (WMC) in Rom teil. Dort erfuhr ich von der Gründung einer Stiftung, International Table Tennis Federation (ITTF), auf Weltebene. Zu den fünf Programmen, denen sich die Stiftung bisher widmet, gehört auch als ein separates Projekt: TT 4Health, Tischtennis für die Gesundheit. Grundlage ist der Einfluss von Tischtennis auf das soziale, mentale und körperliche Wohlbefinden, einschließlich signifikanter Vorteile beim Kampf gegen neurodegenerativer und andere Krankheiten.

Georg Weckbach während des Turniers

Damit hat sich auch die ITTF zur gesundheitsfördernden Auswirkung regelmäßigen TT-Sports positioniert. Im Flyer begrüßte die ITTF-Präsidentin Petra Sörling die Gründung und die Ziele der Stiftung.

Auch in Deutschland gibt es zahlreiche Studien und Initiativen zur Nutzung des TT-Sports für die Gesundheit. So empfiehlt der Deutsche Tischtennis-Bund bei Demenz und Parkinson Tischtennis als Sport mit positiven Auswirkungen.

Es ist eine erfreuliche Tendenz, dass mit zunehmendem Alter immer mehr

Petra Sörling ITTF Präsidentin mit Georg Weckbach *Fotos: Georg Weckbach*

Freizeitsportler Tischtennis, auch als Neueinsteiger spielen.
In unserem Land nahm die Mitgliederzahl der Altersgruppe Ü60 in den letzten 12 Jahren jährlich um mehr als 11 Prozent zu.
Dabei ist es nur 15 Jahre her, dass Tischtennis für das Alter noch als ungeeignet angesehen war. Als aktiver Übungsleiter kann ich feststellen, dass auch für Handicap-Sportler oder Sportler in höherem Alter dieser Sport geeignet ist.
So betreue ich im Rehabilitationssport auch Parkinson-Patienten und der älteste Spieler in meinem Trainingsbereich ist 88 Jahre alt.
Bei den WMC war die Älteste sogar 99 Jahre alt.
Selbst habe ich in der AK 80 – 84 gespielt und belegte den 9. Platz im gemischten Doppel sowie den 17. Platz im Einzel von etwa 160 Aktiven aus aller Welt.

Dr. Georg Weckbach
Vorstandsmitglied

Ergänzung von Grundgesetz-Artikel 3 gefordert

Wichtiges Bekenntnis für Vielfalt und den Schutz queerer Menschen vor Diskriminierung

Sozialministerin Stefanie Drese unterstützt die Forderung des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) für einen besseren, im Grundgesetz verankerten Schutz queerer Menschen vor Diskriminierung.
„Derzeit besagt Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes, dass niemand aufgrund seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. In der Auflistung fehlt aus meiner Sicht ein wesentliches Merkmal: die sexuelle Identität", sagte Drese nach einem Gespräch mit Alexander Vogt vom LSVD Bundesvorstand, Sebastian Witt aus dem Landesverband M-V sowie dem Leiter des Aufbaustabes der Landes-Antidiskriminierungsstelle, Dr. Dennis Rudolf im Sozialministerium.
Der LSVD vertritt als Bürgerrechtsverband die Interessen und Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen sowie weiteren queeren Menschen (LSBTIQ*).
Eine Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz wäre deshalb ein starkes politisches Signal gegen die weiterhin bestehende Ungleichbehandlung von LSBTIQ* und ein klares Bekenntnis zur Vielfalt und zur Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft. Die Ergänzung des Artikels 3 ist sowohl Gegenstand des derzeitigen Koalitionsvertrages auf Bundesebene als auch Bestandteil der aktuellen Koalitionsvereinbarung des Landes. Zudem wird das Ansinnen auch im Nationalen Aktionsplan „Queer leben" bekräftigt.
Menschen, deren sexuelle Identität nicht der heteronormativen Mehrheit entspricht, sind häufig Diskriminierung, Ausgrenzung, Hass und Hetze ausgesetzt. Dies belegen auch die jüngsten Zahlen des Bundesinnenministeriums. Danach haben sich deutschlandweit die Straftaten, die sich gegen die „sexuelle Orientierung" und „geschlechtliche Diversität" richten, im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. ■

Dorfgemeinschaft neu gedacht

Sozialministerin Drese besucht Projekt gegen Einsamkeit in Poppendorf

Im Rahmen ihrer Sommertour besuchte Sozialministerin Stefanie Drese am 24. Juli ein Start-up gegen Einsamkeit in Poppendorf bei Rostock. Das gemeinnützige Unternehmen Bio24 Social wurde von den zwei Brüdern Philipp und Maximilian Voß gegründet, die gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren, Freiwilligen und ehrenamtlich Engagierten Rezepte „von Oma und Opa" kochen und die Produkte anschließend in einem Dorfladen verkaufen. Die Einnahmen des Start-ups fließen im Anschluss in die Präventionsarbeit gegen Einsamkeit zurück.
„Es ist toll zu sehen, wie die beiden Brüder aus einem umgebauten Schafstall einen neuen sozialen Dorfmittelpunkt geschaffen haben", sagte Drese nach ihrem Besuch. Einsamkeit sei längst kein Randphänomen unserer Gesellschaft mehr. Mehr als jeder zehnte Mensch in Deutschland,11,3 Prozent, ist von Einsamkeit betroffen, wie aus aktuellen Zahlen des„Einsam-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

keitsbarometers 2024“ hervorgeht. So können Interessierte jeden Alters entweder auf ehrenamtlicher Basis mitkochen, im dazugehörigen Dorfladen oder Café vorbeischauen oder an den Veranstaltungen teilnehmen, die regelmäßig im Schafstall stattfinden.
Auch die Landespolitik hat es sich zum Ziel gesetzt, Maßnahmen gegen Einsamkeit zu entwickeln, die Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben zu fördern und präventive Angebote zu stärken. Mit der konkreten Ausgestaltung befassen sich derzeit die mehr als 60 Mitglieder des Runden Tisches gegen Einsamkeit in MV. Erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sollen im Jahr 2025 dem Landtag übergeben werden. ■

Routinedaten zum Wohl aller Menschen

Neues Gesetz verbessert Rahmenbedingungen für medizinische Forschung

Der Landtag hat am 10. Juli 2024 das Gesundheitsforschungsstärkungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern beschlossen.„Das ist eine wichtige Erleichterung für die medizinische Forschung in unserem Land, die Voraussetzung dafür ist, die Versorgung von Patientinnen und Patienten in vielen Bereichen kontinuierlich zu verbessern“, begrüßte Gesundheitsministerin Stefanie Drese die Entscheidung des Parlaments.
Mit den gesetzlichen Änderungen könnten in den Krankenhäusern erhobene Routinedaten zum Wohl aller Menschen genutzt werden, während durch die getroffenen Regelungen gleichzeitig ein hoher Datenschutz-Standard gewährleistet werde.
Eine belastbare Datenbasis ist für viele Neuerungen unerlässlich, um viele Krankheiten besser behandeln zu können. Der Forschungsalltag sieht momentan anders aus. Die bisherigen Regelungen des Datenschutzes erschweren oder verhindern sogar versorgungswichtige klinische Forschungsvorhaben. Mehrjährige Antragsverfahren sind hier die Norm. Und selbst dann stehen häufig nur einzelne Dateninseln oder Daten aus anderen Weltregionen für die Forschenden zur Verfügung.
Das Gesundheitsforschungsstärkungsgesetz ergänzt die Regelungen aus der Datenschutz-Grundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz. Patientinnen und Patienten müssen immer für eine wirksame Einwilligung umfangreich aufgeklärt werden und können jederzeit voraussetzungslos der Nutzung ihrer Daten widersprechen.
Mit dem neuen Gesetz können Krankenhäuser Daten künftig in anonymisierter oder pseudonymisierter Form für Zwecke der Forschung verwenden und untereinander austauschen. Aus großen Datenmengen wird so auch durch Nutzung von Künstlicher Intelligenz neues Wissen zur Behandlung von Krankheiten generiert. Gleichzeitig muss bei jedem Forschungsvorhaben die Patientin oder der Patient eingewilligt haben oder muss das öffentliche Interesse durch eine Ethikkommission unter Beteiligung der oder des Datenschutzbeauftragten festgestellt werden.
Dazu fand am 17.04.2024 eine Öffentliche Anhörung des Sozialausschusses des Landtages M-V zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesundheitsforschungsstärkungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern“ – Drucksache 8/3461 – statt.
Der Landesseniorenbeirat wurde zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert und beantwortete 28 Fragen eines vorgegebenen Fragenkataloges. In der mündlichen Anhörung ging der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich nochmals auf die unbedingte Einhaltung der Vorgaben des Datenschutzes ein. ■

Angebot ambulanter medizinischer Leistungen

Grundsteinlegung für neues Gesundheitszentrum in Altentreptow

Am 28. Juni 2024 fand die offizielle Grundsteinlegung für den Neubau eines Gesundheitszentrums in Altentreptow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte statt.
Der durch das Land mit knapp 2,6 Millionen Euro geförderte Neubau soll ein umfassendes Angebot ambulanter medizinischer Leistungen bereithalten. Geplant ist es, in dem neuen Gebäude mehrere Fachrichtungen anzusiedeln. Dafür sind auch Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Praxen vorgesehen.
So soll unter anderem eine Kooperation mit der Universitätsmedizin Greifswald über eine Teilpräsenz und Videosprechstunden eine hautärztliche Konsultation ermöglichen. Gespräche werden auch mit Fachärztinnen bzw. -ärzten aus den Bereichen Urologie, Gynäkologie, Neurochirurgie geführt. Darüber hinaus werden ein physiotherapeutisches Angebot und eine Apotheke für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung stehen.
Die aktuelle Bauplanung sieht eine Fertigstellung des Gesundheitszentrums im Laufe des Jahres 2025 vor. ■

Gemeinsam gegen Diskriminierung

Landesweiter Antidiskriminierungsverband M-V gegründet

Mitglieder des Antidiskriminierungsverband M-V (ADV-MV) *Foto: ADV-MV*

Am 28. Juni wurde in Schweriner Rittersaal der Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet. 15 Vereine, die sich schon lange für das Thema Antidiskriminierung einsetzen, haben sich nun im ADV-MV zusammengeschlossen. Auf Beschluss des Vorstandes hat der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich den Landesseniorenbeirat als Gründungsmitglied des Antidiskriminierungsverbandes vertreten.

Ziel des Verbandes ist es, noch wirksamer an die Öffentlichkeit treten zu können, von Diskriminierung Betroffenen Gehör zu verschaffen und Synergieeffekte der einzelnen Vertreter zu nutzen. Nachdem Initiativen, Vereine, Vertreter aus der Politik und engagierte Einzelpersonen seit Jahren darauf hinweisen, dass es im Land an Antidiskriminierungsstrukturen fehlt, wurde nun aus einem losen Netzwerk mit dem Namen „Butter bei die Fische", der Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

Die Gründungsversammlung wurde mit Grußworten von Jana Michael, der Integrationsbeauftragten des Landes, Dr. Bastian Rudolf von der Antidiskriminierungsstelle des Landes, Melissa Salazar vom Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) und Oliver Kaiser, Grundsatzreferent des Bürgerbeauftragten von MV eröffnet.

ANTIDISKRIMINIERUNGSVERBAND
Mecklenburg-Vorpommern

Den Vorstand des Verbandes stellen die Vereine: RAA-MV e.V., Flüchtlingsrat e.V., Tutmonde e.V., FABRO e.V. und DaMOst e.V. Fünf Mitglieder stellten sich zur Wahl und wurden in den Vorstand berufen:

- Josephine Reißing (Tutmonde e.V.)
- Valentina Engler (FABRO e.V.)
- Leyla Rauch (Flüchtlingsrat M-V, e.V.)
- Hassan Janser (Damost e.V.)
- Maria Garcia Rojo (RAA-MV e.V.)

„Die Verbandsgründung ist ein weiterer Schritt, um auf die Auswirkungen von Diskriminierung und die Relevanz von Antidiskriminierungsarbeit in der Gesellschaft hinzuweisen", so Friederike Wardenga aus dem Organisationsteam zur Verbandsgründung. Ziel ist es, der bereits stattfindenden gemeinsamen Arbeit und dem Austausch untereinander einen festeren Rahmen zu geben.

Neben der Verbandsgründung wurden bereits im vergangenen Jahr Beratungsstrukturen für Betroffene von Diskriminierung aufgebaut. (www.antidiskriminierung-mv.de, www.damost.de/projekte/antiraktiv/).

Außerdem wurde die Antidiskriminierungsstelle des Landes besetzt. Antidiskriminierungsarbeit wird auf die Auswirkungen von Ausgrenzung und Ungleichbehandlung bezüglich unveränderlicher Merkmale, wie z. B. Behinderung, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder dem Lebensalter, hinweisen. Betroffene werden auf ihre Rechte aufmerksam gemacht.

Es wird politisch und präventiv gearbeitet und in der Öffentlichkeit für Diskriminierung sensibilisiert. Vereine, die dem Antidiskriminierungsverband Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls beitreten wollen, können sich per Mail unter post@adv-mv.de melden.

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Gründungsmitglieder des ADV-MV sind folgende Vereine:

- AWO Landesverband M-V
- DaMOst e.V.
- Das Boot Wismar e.V
- Fabro e.V.
- Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Jugend kann bewegen e.V.
- KISS e.V.
- Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e.V. (KIG e.V.)
- Landesfrauenrat M-V e.V.
- Landesjugendring M-V e.V.
- Landesseniorenbeirat M-V e.V.
- LSVD Queer MV e.V.
- LOBBI e.V.
- RAA-MV e.V.
- Tutmonde e.V.

Der Antidiskriminierungsverband M-V arbeitet eng mit den drei unabhängigen Antidiskriminierungsstellen zusammen. Hier sind die Kontaktdaten der AD-stellen:

Mobile Antidiskriminierungsberatung in Vorpommern-Greifswald
Steinstraße 10
17389 Anklam
+49 (39 71) 24 49 20
adb@raa-mv-de
E-Mail: beratung@ada-hgw-vr.org
Website: antidiskriminierung-mv.de

Antidiskriminierungsbüro Schwerin & LK Ludwigslust-Parchim
Buschstraße 18
19053 Schwerin
Telefon: +49 0385 3935 3989
E-Mail: beratung@adb-vm.de
Website: antidiskriminierung-mv.de

Antidiskriminierungsarbeit und -beratung für Greifswald & Vorpommern-Rügen
Wilhelm-Holtz-Straße 9
17489 Greifswald
Telefon: +49 155 66 18 17 83
E-Mail: beratung@ada-hgw-vr.org
Website: antidiskriminierung-mv.de

Diskriminierung der Rentnerinnen und Rentner

Mehr Gerechtigkeit im System der Altersvorsorge in Deutschland

Den Tatbestand der Diskriminierung erfüllt gegenwärtig der Umgang mit den Rentnerinnen und Rentnern der Deutschen Rentenversicherung. Beamte und damit auch die Pensionäre erhalten einen steuerfreien Inflationsausgleich. Den Rentnern wird dieser von begünstigten Beamten und Mitgliedern der Bundesregierung jedoch vorenthalten, die für sich selber diesen Zuschlag in Anspruch nehmen. Besonders hart trifft es dabei die Grundsicherungsempfänger. Lebensmittelpreise wurden in den vergangenen Jahren drastisch erhöht. Mieten und Energiekosten stiegen ebenfalls. Zum Schluss bediente sich die Bundesregierung noch in der Rentenkasse, entnahm 600 Millionen Euro bzw. kürzte weitere vorgesehene Zuschüsse. Diese sollten die inzwischen auf 37 Milliarden Euro angewachsenen versicherungsfremden Leistungen ausgleichen. Darüber kann keine Rentnerin oder Rentner der Deutschen Rentenversicherung mehr lachen. Während eine üppige Rentenerhöhung von 4,57 Prozent ab 1. Juli bejubelt wird, liegt der Wert bei Pensionären höher, die Erhöhung der Bezüge bei Bundestagsabgeordneten bei sechs Prozent und damit auch ihrer Altersvorsorge und Mitgliedern des Europäischen Parlaments einschließlich der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei sieben Prozent, das sind allein 2.000 Euro Erhöhung monatlich für sie.

Deutliche Preissteigerungen bei Dienstleistungen und im Lebensmitteleinzelhandel machen sich bei der Mehrzahl der Rentenempfänger besonders bemerkbar. Die Reallöhne der Beschäftigten waren im ersten Quartal 2024 niedriger als zum Jahresbeginn 2018, obwohl es ja zuletzt deutliche Lohnzuwächse entsprechend gewerkschaftlicher Forderungen gegeben hat. Die Rentenerhöhungen lagen dabei jeweils deutlich darunter. Daraus wird ersichtlich, dass mit allen Rentenerhöhungen die Miesen infolge von Energiepreiserhöhungen und Inflation im Jahr 2022 nicht ausgeglichen werden konnten.

Fast täglich werden neue Vorschläge produziert, wie man Rentnerinnen und Rentner noch zur Kasse bitten kann. Kürzung der Witwenrente, Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren oder der nun kursierende Gedankenblitz, höhere Abschläge bei vorgezogener Altersrente bzw. den Wegfall der Mütterrente. Dabei arbeiten bereits 1,3 Millionen Altersrentner in Minijobs überwiegend zur Sicherung ihrer Existenz, ein Anstieg bei den 65- bis 69-jährigen auf 19 Prozent. Das wird auch durch drastisch steigende Zahlen von Altersrentnern deutlich, die Hilfe von der Tafel in Anspruch nehmen müssen. Die Durchschnittsrente nach Abzügen beträgt 1.384 Euro. Die von der EU definierte Armutsschwelle für Deutschland liegt bei 1.250 Euro.

Beamte jedoch erhalten bereits nach 40 Dienstjahren bis zu 71,75 Prozent ihres letzten Gehalts. Die durchschnittliche Pension liegt bei über 3.000 Euro. Die durchschnittliche Inflationsprämie lag bei ca. 2040 Euro pro Person. Bundesweit erhalten jedoch nur ca. 50 Rentner eine Rente von mehr

als 3.000 Euro. Der Unterschied, sie haben in der gesamten Zeit ihres Berufslebens dafür Beiträge gezahlt und in der Regel auch länger gearbeitet. Die Pensionen verbeamteter Personen werden aus Steuergeldern finanziert, welche Nichtbeamte, so auch Rentner, erwirtschaften müssen. Da nicht alle Rentner die 45 Arbeitsjahre erreichen, muss fast die Hälfte mit weniger als 1.000 Euro im Monat leben. Besonders hoch ist der Anteil in den ostdeutschen Bundesländern. Dies trifft auch auf den Anteil der Grundsicherungsempfänger zu.

Über eine weitere Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner, die mit der Angleichung des Rentenwertes Ost an West zusammenhängt, wird gar nicht gesprochen. Zu Beginn des Rentenbezuges wird jedem Rentner sein steuerfreier Betrag von der Rente entsprechend einem jährlich sinkenden Prozentsatz einmalig mitgeteilt. Bei gleicher Rentenpunktanzahl von Ost- und Westrentnern war der steuerfreie Betrag durch den niedrigeren Rentenwert für Ostrentner bis zur Angleichung auch niedriger. Jede nun folgende Rentenerhöhung wird für beide voll steuerpflichtig. Für die Ostrentner wurde aber auch jedes Prozent der jährlichen Rentenangleichung voll steuerpflichtig. Daraus resultiert, dass ostdeutsche Rentner nach der Rentenwertangleichung jetzt auch höhere Steuern bei gleicher Rente zahlen. Je länger sie schon im Rentenbezug sind, umso höher ist auch der zusätzliche Steuerbetrag.

Bereits 2016 zum 9. Altenparlament haben die Delegierten in einer Resolution „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ auf die kommenden Probleme hingewiesen. Das 11. Altenparlament hat den Beschluss „Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern vermeiden“ gefasst. Nichts hat sich getan. Das 12. Altenparlament hat eine Resolution zum Thema „Solidarisch durch die Krise! Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise“ verabschiedet. Auch diese blieb ohne Resonanz. Unverständlich, dass die Nachfrage eines Rentners zum Inflationsausgleich im Rahmen einer Bürgerdiskussion beim Kanzler einen Heiterkeitsausbruch auslöste. Für viele ist das kein Grund mehr zur Heiterkeit. Hier werden willkürlich Steuermittel verschleudert, die die Bürger zur Sicherung einer solidarischen Gesellschaft aufgebracht und gezahlt haben. Selbstherrlich wird über deren Verwendung entschieden. Deshalb können wir allen Altersrentnern nur empfehlen, sich an den zahlreichen Initiativen, die sich durch Unterschriftenlisten oder Petitionen gegen diese Zustände wehren, aktiv zu beteiligen. Sowohl der VdK als auch die Internetplattform Change.org bieten Möglichkeiten, sich für ein gerechtes System der Altersversorgung einzusetzen. Auch kommunale Seniorenbeiräte melden sich bereits zu Wort. Es ist an der Zeit, dass sich etwas am System der Altersvorsorge im Land verändert und mehr Gerechtigkeit Einzug hält. Für die Finanztipps von Rheinmetall-Chef Armin Papperger bei RTL und ntv zum Kauf von Rheinmetall-Aktien fehlt den meisten Rentnern das nötige Geld und wohl auch das Interesse.

Bernd Rosenheinrich

Wettbewerb gestartet

Kommunen mit innovativen Projekten für die digitale Teilhabe im Alter gesucht

Im vergangenen Jahr ist das Land Mecklenburg-Vorpommern offiziell dem DigitalPakt Alter beigetreten. Die Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft für Seniorenorganisationen (BAGSO) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) lobt nun einen Wettbewerb für Kommunen aus, die innovative digitale Angebote für ältere Menschen unterstützen. „Unsere Kommunen begegnen dem digitalen Wandel schon heute aktiv und sind vielfach engagiert, um unsere Seniorinnen und Senioren an neue Technologien und digitale Möglichkeiten heranzuführen“, erklärte Ministerin Drese. Ein Beispiel seien die SilverSurfer, die ihre Altersgenossen beim Umgang mit Smartphone, Tablet, Computer und Co. unterstützen. „Rund 80 ältere Menschen bilden sich hierfür in Schwerin, Greifswald, Waren/Müritz und Rostock jährlich aus und weiter.“

„Aber auch darüber hinaus gibt es innovative Projekte bei uns im Land, die nun mit dem Kommunenwettbewerb des DigitalPakts Alter deutschlandweit gewürdigt werden sollen“, hob Drese hervor. Ob Begegnungszentrum, Computerkurs oder regionale Nachbarschaftsinitiativen, wir haben in MV viele Angebote, die die digitale Teilhabe Älterer stärken. „Diese Initiativen bauen digitale Barrieren ab und sind ein Schlüssel für die Teilnahme unserer Seniorinnen und Senioren am alltäglichen gesellschaftlichen Leben. Ich möchte unsere Kommunen daher ausdrücklich darin bestärken, sich mit ihren Projekten zu bewerben und sie mit uns zu teilen“, erklärte Drese.

Noch bis Ende Oktober können interessierte Kommunen ihre Bewerbung einreichen. Zehn Projekte werden am Ende ausgezeichnet und erhalten ein Preisgeld in Höhe von jeweils 5.000 Euro.

Alle Infos zum Kommunenwettbewerb finden Interessierte auf den Seiten des DigitalPakts Alter unter: www.digitalpakt-alter.de/wettbewerb ■

Landeswandertag & Sommerfest Volkssolidarität M-V

Gemeinsam wandern und feiern

Am 3. August 2024 verwandelte sich die Freilichtbühne in Ueckermünde in einen Ort voller Freude, Musik und Gemeinschaft, als die Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern zum jährlichen Landeswandertag und Sommerfest eingeladen hatte.

Mehr als 1.000 Gäste aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns folgten der Einladung und erlebten einen Tag voller abwechslungsreicher Unterhaltung und gemeinschaftlichem Wandern.

„Das Bühnenprogramm war ein Highlight des Tages und sorgte für Begeisterung bei den Besuchern", sagt Nico Conrad, Vorstand des Landesverbandes der Volkssolidarität M-V, glücklich über den Erfolg des Tages.

Das Helene-Fischer-Double Victoria, bekannt für ihre beeindruckenden Auftritte in ganz Europa, brachte die Menge mit ihren Hits zum Mitsingen und Tanzen.

Die „Lustigen Kellner" verbreiteten nicht nur auf der Bühne, sondern auch im Publikum gute Laune und sorgten für viele Lacher. Der Shantychor „Seegrund Ahlbeck" entführte die Gäste mit ihrem Repertoire aus mehr als 60 Seemannsliedern und Shantys in maritime Welten und brachte den Zauber der See nach Ueckermünde.

Ein buntes Bühnenprogramm begeisterte die Besucher *Fotos: Sebastian Meyn*

Die Seniorinnen und Senioren treffen mit Bussen in Ueckermünde ein

Neben dem bunten Bühnenprogramm boten auch die Wanderrouten rund um die Freilichtbühne den Gästen die Möglichkeit, die schöne Natur zu genießen und in guter Gesellschaft aktiv zu sein. Die gut organisierten Strecken waren für Jung und Alt geeignet und luden zu entspannten Spaziergängen und geselligen Wanderungen ein.

Die reibungslose Anreise der zahlreichen Teilnehmer wurde durch die lokalen Volkssolidaritäten und dem langjährigen Partner Becker-Strelitz-Reisen sichergestellt, die aus allen Ecken Mecklenburg-Vorpommerns Busfahrten organisierten. Dies ermöglichte es den Gästen, sich entspannt zurückzulehnen und die Vorfreude auf den Tag zu genießen.

Der Landeswandertag und das Sommerfest 2024 der Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern waren ein voller Erfolg.

Die Besucher verbrachten einen wunderschönen Tag in guter Gesellschaft, genossen das abwechslungsreiche Programm und die herrliche Natur. Die Veranstaltung stärkte die Gemeinschaft und hinterließ viele schöne Erinnerungen bei den Teilnehmern.

Die Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern bedankt sich bei allen Gästen, Helfern und Künstlern, die diesen Tag zu etwas Besonderem gemacht haben, und freut sich bereits auf das nächste Jahr, wenn es wieder heißt: Gemeinsam wandern und feiern! Dann in der Landeshauptstadt Schwerin zum 80. Geburtstag der Volkssolidarität.

Sebastian Meyn
Volkssolidarität Landesverband M-V

Erfolgreicher Abschluss der Ehrenamtsmessen

Letzte von fünf Messen fand in Ludwigslust statt

Zwischen März und Juni fanden bereits vier Ehrenamtsmessen in Waren, Rostock, Wismar, und Greifswald mit mehr als 10.000 Besucherinnen und Besuchern sowie 240 ausstellenden Vereinen statt.

Die Organisation der Ehrenamtsmessen wird mit Förderung des Sozialministeriums vom Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes koordiniert. Präsident Werner Kuhn zeigte sich nach Abschluss der diesjährigen Messezeit zufrieden: „Das Ehrenamt ist das Herz und die Seele unserer Gemeinschaft.

Ohne die Leidenschaft und das unermüdliche Engagement unserer ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre unser Land um so vieles ärmer, sie sind die Helden des Alltags. Die Ehrenamtsmessen sind jedes Jahr ein beeindruckendes Zeugnis dafür, wie unverzichtbar und wertvoll freiwilliges Engagement ist. Sie bieten eine einzigartige Plattform, auf der die großartige Vielfalt und der unbezahlbare Wert des Ehrenamtes in Mecklenburg-Vorpommern erlebbar werden.

Die Messen ziehen jedes Jahr viele Besucherinnen und Besucher an, hob Ministerin Drese nach ihrem Besuch in Ludwigslust hervor. Das Land wolle die Ausrichtung daher auch im kommenden Jahr wieder unterstützen. Werner Kuhn verriet, dass sogar die vorläufigen Orte feststünden. „Unser Anspruch ist es, immer wieder andere Städte auszuwählen, um Menschen in allen Regionen des Landes einen Besuch zu ermöglichen“. Geplant seien im nächsten Jahr Messen in Güstrow, Wismar, Torgelow, Neustrelitz und Grimmen.

Weitere Informationen zu den Ehrenamtsmessen unter https://www.ehrenamtmessen-mv.de/impressum ■

Hitzeschutzkonzepte in den Kommunen

Ältere Bürger bedürfen konkreter Unterstützung

Immer neue Hitzerekorde, Starkregenereignisse, Überschwemmungen und Waldbrände, das ist das Ergebnis des Klimawandels der letzten Jahrzehnte. Im EU-Klimabericht ist Europa die sich am schnellsten erwärmende Region der Welt. Hitzewellen nehmen zu.

Die Belastung für ältere und kranke Menschen steigt, wie sich an der wachsenden Zahl von Hitzetoten ablesen lässt. Zahlreiche Kommunen reagieren mit Hitzeschutzkonzepten auf diese Belastungen mit dem Ziel, sowohl Lösungen auf Dauer in der Stadtentwicklung als auch kurzfristige Maßnahmen zum aktiven Schutz bestimmter Bevölkerungsgruppen anzubieten, um weiterhin Teilhabe zu sichern.

In den Medien wird dabei auf verschiedene und unterschiedliche Angebote in München, Frankfurt, Köln, Dresden, Magdeburg oder Ludwigsburg zum Schutz der älteren Bevölkerung hingewiesen. Im Mittelpunkt stehen zusätzliche Trinkangebote und klimatisierte Räume in den Städten. Auch Wohnungslose, chronisch Kranke oder Kinder können diese Angebote nutzen. Allen ist gemeinsam, dass die Kommune sich um ihre Bewohner als auch Gäste sorgt.

Deshalb hat der Vorstand des Landesseniorenbeirats M-V den Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Schwerin um Auskunft gebeten, welche Hitzeschutzkonzepte die Stadtverwaltung erarbeitet hat. Das Ergebnis ist erschütternd.

Bereits 2023 hat der Seniorenbeirat den Oberbürgermeister schriftlich um Auskunft zu Hitzeschutzmaßnahmen für ältere Bürger und Menschen mit Behinderung gebeten.

Die lapidare Antwort: „Die älteren Bürger sollen sich auf der Webseite der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum richtigen Verhalten bei Hitze informieren.“ Ein Jahr später im Juni 2024 hat der Seniorenbeirat erneut die Verwaltung schriftlich gebeten, einen umfassenden Hitzeschutzplan für die älteren und mobilitätseingeschränkten Bürger zu entwickeln. In vier Punkten wurden konkrete Maßnahmen empfohlen. Die Antwort: „Am 4. September findet dazu eine Beratung im Sozialministerium statt.“ Der Sommer wartet.

Das ist eine eindeutige Brüskierung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt. Im Seniorenmitwirkungsgesetz M-V sind die Rechte und Pflichten des Landesseniorenbeirats und auch für kommunale Beiräte formuliert. Von Seniorinnen und Senioren verlangt man, sich im Netz zu informieren.

Die Verwaltung einer Landeshauptstadt ist dazu nicht in der Lage, sich im Internet an Beispielen anderer Kommunen zu orientieren. Soll dies Werbung auch für ältere Touristen sein? Es braucht dazu wohl erst wieder Gesetze und Verordnungen der Landesregierung?

Bernd Rosenheinrich

Ehrenamtspreis M-V 2024

Lernen durch Engagement macht Schule

Im Auftrag des Landesseniorenbeirates nahm Peter Lundershausen als Kuratoriumsmitglied der Ehrenamtsstiftung MV am Ehrenamtstag 2024 im Wildpark-MV in Güstrow teil.
Hier wurde der Ehrenamtspreis 2024 vergeben. In diesem Jahr lag der Fokus auf dem Engagement junger Menschen.
Daher standen keine Vereine auf der Siegerbühne sondern Schüler, die durch ihren tatkräftigen Einsatz in sogenannten Service-Learning-Projekten ein starkes, demokratisches Zusammenleben in MV mitgestalten.
Service-Learning ist eine Lern- und Lehrform, bei der sich die Schüler als Teil des Unterrichts und eng verbunden mit dem fachlichen Lernen für das Gemeinwohl engagieren.

Der Ehrenamtspreis wurde in fünf Kategorien vergeben:

Kategorie A

an Grundschulen und in der Orientierungsstufe, Klassenstufen 1 bis 6 an die Grundschule „Käthe Kollwitz" Waren (Müritz) mit dem Projekt „Mission Schatztruhe" – Klasse 2 erstellt ein Sehbeeinträchtigten gerechtes Märchenbuch"

Kategorie B

Klassenstufen 7 bis 10 an die Regionale Schule Burg Stargard mit dem Projekt „Bewegung ist Leben"

Kategorie C

an Berufsschulen, Klasse 11-12 an die Regionales Berufliches Bildungszentrum Wirtschaft und Verwaltung Schwerin mit dem Projekt „Naturwissenschaftliche Experimente mit Hortkindern durchführen"

Kategorie D

Gesellschaftliches Engagement an Schulen ohne Unterrichtsanbindung an die Fritz-Greve-Gymnasium Malchin mit dem Projekt „Oldvengers – Erlebnisse für Ältere"

Kategorie Sonderpreis

Auswahl aus allen Kategorien an die Warbelschule Gnoien mit ihrem Projekt „Lost Places von Gnoien".

Die Gewinner erhielten einen hochwertigen Glaspokal, Medaillen für alle Schüler des Projekts und ein Vor-Ort-Teamfoto.
Die Kategorien A-D sind zudem mit einem Preisgeld von 3.000 Euro dotiert.
Der Sonderpreis beinhaltet eine Reise nach Berlin mit Besuchen der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern und des Bundesrats.

Regionale Schule Burg Stargard (Kategorie B)

Projekt :
„Bewegung ist Leben"
Betreuende Lehrkraft:
Sylvia Eskaf

„In unserem Projekt Bewegung ist Leben' geht es darum, in den Alltag der Seniorinnen und Senioren im Pflegeheim Johanneshaus in Burg Stargard durch Spiele etwas Bewegung und Abwechslung zu bringen. Im Rahmen unseres Wahlpflichtkurses investieren wir zwei Unterrichtsstunden pro Woche, um Ideen zu sammeln, Materialien vorzubereiten und die Besuche im Pflegeheim auszuwerten.
Wir fühlen uns durch den Preis sehr geehrt. Irgendwie können die Jungs noch gar nicht realisieren, dass sie mit ihrem Einsatz etwas Besonderes tun, gleichzeitig erfahren sie damit eine Wertschätzung, die weit über das hinausgeht, was sie sonst kennen", berichtet Sylvia Eskaf, Lehrerin für u.a. Englisch und den Wahlpflichtkurs Gesundheit, Regionale Schule Burg Stargard.

Fritz-Greve-Gymnasium Malchin (Kategorie D)

Projekt :
„Oldvengers – Erlebnisse für Ältere"
Betreuende Lehrkraft:
Christine Wahlandt

Unser Projekt, Oldvengers zielt darauf ab, Jung und Alt zu vernetzen. Seit September 2023 besucht unsere Schülergruppe die älteren Herrschaften alle 14 Tage im Betreuten Wohnen (Diakonie Güstrow) in Malchin für ca. 1,5 Stunden. Bei selbstgebackenem Kuchen sprechen sie über Themen, die die jeweilige Generation bewegen und über die Abenteuer aus der Jugend der Senioren. Natürlich wollen wir auch voneinander profitieren, so lernen unsere Schüler und Schülerinnen das Sticken und Häkeln, während die Älteren das Knüpfen von Freundschaftsarmbändern und Basteln von z. B. Weihnachtssternen beigebracht bekommen.
Zur Vorbereitung und Durchführung werden vier Unterrichtstunden pro Woche investiert. Wir sind stolz darauf, dass man mit geringen finanziellen Mitteln und sozialem Engagement Großes bewirken kann. Wir bedanken uns für diese Wertschätzung", berichtet Christine Wahlandt, Lehrerin für u.a. Biologie, Fritz-Greve-Gymnasium Malchin.

Peter Lundershausen
Vorstandsmitglied
Landesseniorenbeirat MV

Landesseniorenvertretung sticht in See

30 Seniorinnen und Senioren folgten dem Aufruf des dbb

Zu einer gemeinsamen Ausfahrt mit der Poeler Kogge „Wissemara“ hatte der dbb beamtenbund und tarifunion Landesseniorenvertretung M-V am 13. Juni die Seniorenvertreter der Mitgliedsgewerkschaften eingeladen. Man wollte bei dieser Gelegenheit untereinander, aber auch mit der dbb Landesleitung ins Gespräch kommen. Der Einladung des Vorsitzenden der dbb Landesseniorenvertretung Gerd Dümmel waren mehr als 30 Seniorinnen und Senioren gefolgt. Neben dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht nahmen darüber hinaus auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Susann Meyer und Michael Blanck sowie Brigitte Schroeder als Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung an der Ausfahrt teil. Bei wechselhaftem, aber insgesamt nicht unfreundlichem „norddeutschen“ Wetter und interessanten Gesprächen, in denen es nicht nur um seniorenpolitische Themen ging, verbrachten alle einen erlebnisreichen gemeinsamen Nachmittag auf der Wismarer Bucht.

Die Seniorenvertretungen auf der Poeler Kogge „Wissemara“ vor der Kulisse der Hansestadt Wismar *Foto: dbb m-v*

Anka Schmidt
Büro des Landesvorsitzenden

Digital Schritt halten im Alter

Bildungsreihe für Seniorinnen und Senioren

Die digitale Welt entwickelt sich rasant und kann manchmal einschüchternd wirken, besonders für uns Senioren. Umso erfreulicher war die Teilnahme an der Bildungsreihe „Digital Schritt halten“ die von der Medienwerkstatt Wismar im Filmbüro MV in Kooperation mit dem Mediatop Schwerin organisiert wurde. Diese Reihe bietet eine wertvolle Gelegenheit, unsere digitalen Fähigkeiten aufzufrischen und zu erweitern. Es besteht die Möglichkeit in Präsenz bzw. per Onlinechat teilzunehmen, welches ich aus meiner Ferienwohnung als sehr angenehm empfand. Obwohl ich anfangs dachte, na was könnte mir die Teilnahme wohl noch bringen, war ich nach der Veranstaltung mehr als begeistert. Die kompetente Referentin Luise Görlach, Medienpädagogin für Digitale Selbstbestimmung, erklärte die komplexen Themen geduldig und verständlich. Besonders hervorzuheben ist, wie auf individuelle Fragen eingegangen wurde und praktische Tipps für den Alltag vermittelt wurden. Es ist unglaublich, wie viel man in kurzer Zeit lernen kann, wenn man die richtigen Hilfestellungen bekommt. Ein weiterer wichtiger Aspekt war der soziale Austausch unter den Teilnehmern. Die gemeinsame Bewältigung neuer digitaler Herausforderungen hat alle näher zusammengebracht.

Da ich erst an der dritten von sechs Veranstaltungen teilgenommen habe, wurden mir im Nachgang auch die vorherigen Themen als Scribt zur Verfügung gestellt. Auf alle Fälle werde ich an den in Zukunft stattfindenden Veranstaltungen teilnehmen. Man lernt immer wieder etwas dazu. Weitere Veranstaltungen finden am 29.08.2024 zum Thema „Online informieren“ und am 26.09.2024 zum Thema„Den Daten auf der Spur“ statt. Informationen dazu unter https://medienanstalt-mv.de/aktuelles/news/7283-digital-schritt-halten.html

Gerlinde Haß
Geschäftsstelle Landesseniorenbeirat

Proteinshakes, Eiweißriegel oder Eiweißbrot

Eine Extraportion Eiweiß fürs Alter?

Ausreichend Eiweiß (Protein) ist wichtig, um den Abbau von Muskelmasse im höheren Alter zu verhindern. Seit einigen Jahren floriert das Geschäft mit Proteinpulver, -shakes und -riegeln.
Zudem werden immer mehr ganz normale Lebensmittel wie Brot, Nudeln, Müsli oder Quark mit einer Extraportion Eiweiß versehen. Sie sollen nicht nur den Muskelabbau verhindern, sondern auch gesund und fit halten.

Wofür ist Eiweiß nötig und wie viel soll es sein?

Eiweiße zählen neben Fetten und Kohlenhydraten zu den energielieferndenNährstoffen. Eine regelmäßige Zufuhr ist nötig, um normale Körperfunktionen aufrecht zu erhalten. Eiweiß ist ein Baustoff des Körpers, der für zell- und muskelaufbauende Prozesse verantwortlich ist.
Für die Blutgerinnung, die Immunabwehr und für die Bewegung ist es beispielsweise unverzichtbar. Wird der Körper über einen längeren Zeitraum nicht ausreichend mit Eiweiß versorgt, baut sich Muskelmasse ab.
Im Alter steigt der Bedarf an Eiweiß während der Energiebedarf sinkt. Laut der Deutschen Gesellschaft für Ernährung sollen Menschen ab 65 Jahren mindestens ein Gramm Eiweiß pro Kilogramm Körpergewicht verzehren. Diese Empfehlung liegt leicht über der empfohlenen Menge für jüngere Erwachsene (0,8 Gramm Eiweiß pro Kilogramm Körpergewicht). Dass eine über diese Empfehlung hinausgehende Proteinzufuhr einen Einfluss auf die Knochengesundheit und das Frakturrisiko hat, konnte bisher nicht sicher nachgewiesen werden.

verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern

Tipps gegen den Muskelabbau

Wer sich ausgewogen ernährt, kann das benötigte Eiweiß täglich mit normalen Lebensmitteln aufnehmen. Eine Extraportion über Präparate oder angereicherte Lebensmittel wie „Eiweißbrot“ oder „Proteinmilch“ bietet in den meisten Fällen keine Vorteile und ist außerdem unnötig teuer. Bei Kau- oder Schluckproblemen, vermindertem Hungergefühl, einseitigen Essgewohnheiten oder Verdauungsproblemen im Alter können Proteinpräparate wie eiweißreiche Trinknahrung oder Shakes aus Eiweißpulver allerdings sinnvoll sein. Bei der Auswahl sollten Sie jedoch kritisch auf süßende Zutaten oder Zucker, aber auch auf Zusatzstoffe und Aromen achten.
Neben der absoluten Menge an Eiweiß, die wir essen, kommt es vor allem auf dessen Qualität an. Lebensmittel für eine gute Proteinversorgung ohne Präparate sind zum Beispiel fettarme Milchprodukte, mageres Fleisch, Geflügel, Eier und Fisch, Getreide, Hülsenfrüchte wie Linsen, Erbsen, Bohnen sowie Nüsse und Samen. Idealerweise sollten pflanzliche und tierische Proteine miteinander kombiniert werden. Günstige Protein-Kombinationen sind beispielsweise Kartoffeln mit Ei, Kartoffeln mit Quark, Milch mit Getreide oder Vollkornbrot mit Käse. Die Qualität der Proteine bei solchen Kombinationen ist sogar besser als bei Fleisch. Das heißt, auch vegetarisch lebende Menschen können sich ausreichend mit Protein versorgen, ohne auf extra angereicherte Lebensmittel zurückzugreifen.

Beispiele für Eiweißgehalte verschiedener Lebensmittel:

Lebensmittel	Eiweißgehalt
1 Portion Fleisch / Fisch (150 g)	30 g
1 Glas Milch (200 ml)	7 g
1 Scheibe Käse (30 g)	7 g
1 Becher Quark (150 g)	16 g
1 Ei (60 g)	8 g
1 Portion Hülsenfrüchte gegart (150 g)	10 g
1 Scheibe Vollkornbrot (50 g)	4 g
1 Portion Kartoffeln (200 g)	10 g
6 EL Haferflocken (60 g)	8 g
1 Handvoll Nüsse / Saaten (25 g)	7 g

Neben der Ernährung sollten Sie genügend trinken, mindestens 1,5 Liter pro Tag, und ausreichend Bewegung, bestenfalls gezieltes Muskeltraining, in Ihren Alltag einbauen.

Welche Werbung ist erlaubt?
Werbeaussagen wie „Proteinquelle“ oder „reich an Protein“ verleihen inzwischen einer Vielzahl an Produkten ein scheinbar gesundes Image. Wenn Hersteller ihre Produkte so anpreisen, müssen sie gesetzlich vorgeschriebene Mengen an Protein enthalten. Für die Werbung „Proteinquelle“ oder „enthält Protein“ müssen mindestens zwölf Prozent des Kaloriengehaltes aus Protein stammen.
Die Angaben „proteinreich“ oder „mit hohem Proteingehalt“ sind nur erlaubt, wenn mindestens 20 Prozent des Kaloriengehaltes auf den Eiweißanteil entfallen.

Produkte, die die vorgeschriebenen Proteingehalte für die Werbung „Proteinquelle“ aufweisen, dürfen außerdem mit diesen gesundheitsbezogenen Angaben beworben werden:

- „Proteine tragen zur Erhaltung von Muskelmasse bei“
- „Proteine tragen zur Zunahme an Muskelmasse bei“
- „Proteine tragen zur Erhaltung normaler Knochen bei“

Dass diese Werbung erlaubt ist, heißt aber nicht, dass Produkte mit solchen Angaben besser oder sinnvoller sind als Lebensmittel ohne Werbung mit einem vergleichbaren Proteingehalt.

Im Zweifel Rücksprache mit dem Arzt halten
Wenn Sie sich gern proteinhaltiger ernähren wollen, ist vor der Ernährungsumstellung ein Gespräch mit Ihrem Hausarzt sinnvoll. Als Abbauprodukt des Proteinstoffwechsels wird verstärkt Harnstoff gebildet, was die Niere belasten kann. Die Nieren können sich zwar an eine höhere Eiweißzufuhr anpassen, aber eine Rücksprache zur Funktionsfähigkeit kann nicht schaden. Liegt bereits eine Nierenfunktionsstörung vor, gibt es wissenschaftliche Belege, dass eine zu hohe Proteinaufnahme zu einer weiteren Verschlechterung der Nierenfunktion führen kann. ■

Ministerin Stefanie Drese auf Sommertour

Pflegestützpunkt Grevesmühlen war eines der Ziele

Pflege ist eine gesellschaftliche Herausforderung und wir haben uns sehr gefreut, dass unsere Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport Stefanie Drese im Rahmen ihrer Sommertour bei uns vorbeigekommen ist, um nicht nur über den Erfolg der Beratungsstelle in den letzten 11 Jahren zu sprechen, sondern auch über einige kritische Punkte in der Versorgung.
Eine enorme Herausforderung ist die Versorgung im ländlichen Raum. Die Infrastruktur ist ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, wie lange man mit Pflegebedarf in der eigenen Häuslichkeit verbleiben kann. Brechen wichtige Faktoren, wie erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Freunde, Familie oder Pflegedienste weg, wird die Organisation komplizierter und der finanzielle Druck höher. Zu diesem Thema fand ein bereichernder Austausch mit Ministerin Drese statt. Im Pflegestützpunkt sehen wir täglich die praktische Seite des Einzelfalles, die Ministerin schaut von der politischen, gesamtgesellschaftlichen Seite. Thematisiert wurde ebenso die Nachbarschaftshilfe. Als Servicestelle für dieses Ehrenamt sehen wir täglich das Engagement, mit dem die Gesellschaft pflegebedürftige Menschen unterstützt und dies häufig ohne jegliche Finanzierung. Im Rahmen einer Landesverordnung wurde seit 2019 gesetzlich geregelt, dass diese Unterstützungsleistung von sogenannten Nachbarschaftshelfern auch über den Entlastungsbetrag der jeweiligen pflegebedürftigen Person finanziert werden kann. Damit der Nachbarschaftshelfer diese Leistungen gegenüber der Pflegekasse abrechnen kann, muss ein Online-Kurs in der Länge von acht Unterrichtseinheiten durchgeführt werden. Leider stellt es sich für unsere Ehrenamtler teilweise schwierig dar, die benötigten Online-Kurse zeitlich, neben dem Beruf zu bewältigen, aber auch die technische Ausstattung stellt eine Hürde dar. Damit bleibt die wichtige Nachbarschaftshilfe immer mal wieder ohne Aufwandsentschädigung. Frau Drese nimmt dieses Thema mit und setzt sich im Rahmen der aktuellen Evaluation kritisch mit diesem Punkt auseinander. Als Netzwerkpartner der demenzsensiblen Kommune Grevesmühlen freuen wir uns außerdem sehr, dass Stefanie Drese auch dieses aktive Netzwerk besucht hat. Im Pflegestützpunkt können sich Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen zu ihren Versorgungsmöglichkeiten und gesetzlichen Rahmenbedingungen beraten lassen. Als Partner in der demenzsensiblen Kommune leistet der Pflegestützpunkt seinen Beitrag zu sorgenden Gemeinschaften. Die Stadt Grevesmühlen mit ihrem Bürgermeister Lars Prahler setzt in Bezug auf diese Thematik sehr wichtige Akzente und fördert den demenzsensiblen Umgang enorm.
Der Pflegestützpunkt Grevesmühlen wird auch weiterhin bei der Bewältigung persönlicher Problemlagen rund um das Thema Pflege begleiten. ■

Pflege Stützpunkte
Nordwestmecklenburg
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Große Pflegereform unausweichlich

BAGSO fordert „Schluss mit Stückwerk und Verdrängung“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) setzt sich für eine grundlegende Reform des Pflegesystems ein. Die Zahlen, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach jetzt vorgelegt hat, zeigen erneut, dass eine große Pflegereform unausweichlich ist. „Dass der Bundesgesundheitsminister jetzt, fast schon zum Ende der Legislaturperiode, in einem aktuellen Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland die Notwendigkeit einer umfassenden Reform in der Pflege anmahnt, ist ein Fortschritt, bringt den mehr als fünf Millionen Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und auch den professionell Pflegenden aber erstmal nichts“, sagte die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner. „Die Politik von Stückwerk und Verdrängung muss aufhören. Eine umfassende Pflegereform ist dringend notwendig.“ Die BAGSO fordert, den Kommunen die Verantwortung für die Pflege und für die Prävention von Pflegebedürftigkeit zu übertragen. Diese Steuerungs- und Gestaltungsverantwortung der Kommunen müsse gesetzlich verankert und ausreichend finanziert werden. Nur so könnten die Probleme in der Lebenswelt der Menschen angegangen und Synergien genutzt werden: „Wir brauchen nicht das Gegeneinander von Kranken- und Pflegekassen oder die Verteilungskämpfe der Leistungsanbieter, sondern Zusammenarbeit vor Ort mit klaren Verantwortlichkeiten“, so Dr. Regina Görner. Zugleich ruft die BAGSO dazu auf, zur Entlastung und Unterstützung der häuslichen Pflege die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer Familienpflegezeit und eines Familienpflegegeldes analog zu Elternzeit und Elterngeld noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Die BAGSO fordert zudem eine nachhaltige Begrenzung der Eigenanteile. Durch die schnell steigenden Kosten ist Pflegebedürftigkeit heute wieder ein Armutsrisiko.

Positionspapier: https://www.bagso.de/publikationen/positionspapier/positionspapier-sorge-und-pflege/ ■

Klare Positionierung der Bundesregierung gefordert

Den Weg für eine UN-Altenrechtskonvention frei machen

Ab Montag, dem 20. Mai 2024, kamen in New York Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu einer Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns (OEWG-A) zusammen. Erwartet wird eine Entscheidung darüber, wie Lücken rund um die Menschenrechte Älterer weltweit geschlossen werden können. Zusammen mit Hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus vielen Ländern setzt sich die BAGSO, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, seit vielen Jahren für eine UN-Altenrechtskonvention ein. Die BAGSO appelliert an die Bundesregierung, in New York den Weg für eine solche Konvention frei zu machen.

„Menschenrechtsexpertinnen und -experten sowie UN-Mitgliedsstaaten haben im Rahmen der Offenen Arbeitsgruppe Lücken im internationalen Rechtsschutz älterer Menschen aufgezeigt. So ist das Lebensalter nicht als Diskriminierungsgrund anerkannt. Wir appellieren mit Nachdruck an die Bundesregierung, Mitverantwortung dafür zu übernehmen, dass diese Lücken geschlossen werden. Deutschland hat großen Einfluss und steht in der Verantwortung, zur Verbesserung der Lebensqualität Älterer weltweit beizutragen“, sagte Dr. Heidrun Mollenkopf, Vorstandsmitglied der BAGSO, im Vorfeld der Sitzung. Aus Sicht der BAGSO ist eine UN-Altenrechtskonvention wichtig, weil sie Verpflichtungen eines Staates gegenüber einzelnen Menschen festschreibt und die Rechte älterer Menschen systematisch in einem Dokument zusammenführt. Eine Altenrechtskonvention würde zum Beispiel helfen, Altersdiskriminierung in Deutschland und weltweit abzubauen. Sie wäre eine verbindliche Grundlage, um Rechte Älterer einzufordern. Das Beispiel der UN-Behindertenrechtskonvention zeigt, wie groß die Wirkung eines solchen weltweit gültigen Vertrags ist.

Die 14. Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns fandet vom 20. bis 24. Mai statt. Die BAGSO hat an der Sitzung teilgenommen und organisierte zusammen mit AGE Platform Europe und der Bundesregierung eine Veranstaltung zur Rolle der Europäischen Union als globaler Menschenrechtsakteur. Die Veranstaltung wurde über den Videokanal der Vereinten Nationen übertragen. Neben der BAGSO waren auch die Generationsbrücke Deutschland, HelpAge Deutschland, der Verein Silbernetz sowie die Josef und Luise Kraft Stiftung in New York vertreten. Außerdem hatte sich das Deutsche Institut für Menschenrechte in die Diskussionen eingebracht. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

5. Sitzung des Kreisseniorenbeirats in 2024 im Greifswalder Boddenhus

Der Kreisseniorenbeirat (KSB) Vorpommern-Greifswald traf sich am 26. Juni 2024 zu seiner 5. Sitzung in diesem Jahr im „Boddenhus" der Volkssolidarität Nordost e.V. in Greifswald mit dem Landrat Michael Sack und der Sozialamtsleiterin Kathrin Potrats-Scheiba zum Erfahrungsaustausch und zur Vorbereitung der Neuwahlen des KSB. Auch die Besichtigung der im selben Haus beheimateten Seniorenresidenz stand auf der Tagesordnung und wurde uns von der Geschäftsführerin Christin Michalski engagiert vorgestellt. Die Sitzung war ein voller Erfolg und wurde mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken und im Haus selbst gebackenem Kuchen beendet.

Herbert Kautz, Vorsitzender KSB

Foto: K-D. Olhöft

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Regionalkonferenz „Trittsicher in die Zukunft" in Stralsund

Am 18. Juli 2024 fand unsere diesjährige Regionalkonferenz im Rathaus Stralsund statt. Veranstalter war der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten- und Gartenbau (SVLFG) und dem Robert-Bosch-Krankenhaus Stuttgart (RBK). Mehr als 20 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil.

Vorgestellt wurde das Projekt „Trittsicher in die Zukunft" mit dem Ziel „Selbstständig bis ins hohe Alter durch Gesundheitsförderung und Digitalkompetenz".

Dabei handelt es sich um ein Programm zur „Prävention und Gesundheitsförderung für Menschen zwischen 70 und 90 Jahren mit digitalen Bewegungskursen, die den Muskelaufbau fördern und die Standfestigkeit stärken. Es richtet sich an Menschen im ländlichen Raum, die ihre Selbstständigkeit und körperliche Fitness aktiv länger erhalten möchten. Zur Umsetzung sollen die Kommunen dabei unterstützt werden, starke kommunale Netzwerke zu bilden. Gleichzeitig soll die neue Form der Gesundheitsförderung da-

Während der Podiumsdiskussion: Caroline Lorenzer SVLFG, Daniel Schöne RBK, Alexander Benkert Bürgermeister Gemeinde Süderholz, Dr. Georg Weckbach, Vorsitzender Seniorenbeirat Stralsund und Moderater Alexander Handschuh DStGB, v.l.n.r.

Foto: Runa Buchenberger DStGB

Fortsetzung von Seite 21

zu beitragen, dass Seniorinnen und Senioren länger selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnraumumfeld leben.

Vom Veranstalter wurde ich als Vorsitzender des Seniorenbeirats Stralsund für das Podiumsgespräch eingeladen. Ich nahm von Anbeginn an der Konferenz teil. Der Kreissportbund Vorpommern-Rügen wurde in die Vorbereitung nicht einbezogen. Über das Projekt „Sturzprävention" der AOK gemeinsam mit dem Landessportbund habe ich die Veranstalter informiert. Dem Veranstalter war die Lizenz-Ausbildung des Deutschen Turnerbundes für Sturzpräventions-Kursleiter bekannt.

C. Lorenzen stellte das Projekt selber vor und verwies auf praktische Beispiele im Süden Deutschlands. In einem Film mit Kursteilnehmern wurde auf die Zusammenarbeit mit einem Sportverein hingewiesen. Insbesondere die Ausbildung der Übungsleiter und die Kurse selbst werden in bestimmtem Umfang von der SVLFG abgesichert (incl. Versicherung der Kursteilnehmer).

Als verantwortliche Ansprechpartner wurden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen genannt, Suchen von Übungsleitern für die Ausbildung, Raumbereitstellung und anderes.

Im Podiumsgespräch wurde von den Veranstaltern geäußert, dass das Projekt gemeinsam mit allen interessierten Partnern umgesetzt werden soll. Von mir wurde darauf hingewiesen, dass Kurse nur ein Start für Sturzprävention sein können – wichtig ist die dauerhafte regelmäßige Sturzprävention zur Sicherung der Mobilität im Alter.

Im Anschluss fanden Gespräche mit den Veranstaltern statt. Ich habe mich bereit erklärt, ggf. Kontakte in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen.

Dr. Georg Weckbach
Vorsitzender Seniorenbeirat Stralsund

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Landkreis Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Jugendring an der Ostsee

Kinder und Jugendliche haben eine Stimme, die gehört werden soll. Die Partnerschaften für Demokratie in Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar veranstalteten vom 5. bis 9. August ein Camp auf dem Gelände der Regionalen Schule in Klütz.

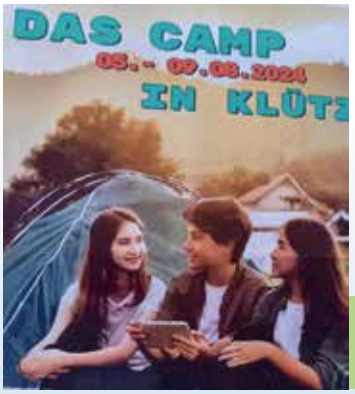

Foto: Karin Lechner

Fünfzig motivierte Kinder und Jugendliche aus Nordwestmecklenburg im Alter von 11 bis 19 Jahren waren dabei. Gemeinsam erarbeiteten sie für die geladenen Politiker einen Fragenkatalog. Bei einem Grillduell trafen sich die Teilnehmer des Camps sowie die Politiker aus Kreis- und Kommunalpolitik zum Erfahrungsaustausch. Die Jugendlichen berichteten aus ihrem Alltag und diskutierten über ihre Anliegen und Ideen. In gemütlicher Atmosphäre wurden auch persönliche Gespräche geführt.

Aus den Ergebnissen der Gespräche wird dann ein Aufgabenkatalog zusammengestellt, den alle politischen Vertreter nach Fertigstellung erhalten. Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirates NWM sind gespannt, welche Fragen und Anliegen die Jugendlichen vorbringen.

Viele Arbeitsschwerpunkte sind auch in unserem Arbeitsplan vorhanden.

Karin Lechner

HANSESTADT ROSTOCK

Ortsämter jetzt auch mit Telefon-Sprechzeiten

Die fünf Rostocker Ortsämter bieten ab sofort telefonische Sprechzeiten an. Unter der Telefonnummer 0381 381-7777 stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jetzt montags von 13 bis 15.30 Uhr und mittwochs von 9 bis 15.30 Uhr für Auskünfte und Beratung, Nachfragen und Terminreservierungen zur Verfügung. Dafür entfällt die Erreichbarkeit unter den bisher angegebenen unterschiedlichen Durchwahlnummern.

Wenn die Mitarbeitenden im persönlichen Kundengespräch sind, können sie nicht zugleich Telefonanfragen beantworten. Das System wird daher auf eine zentrale Nummer umgestellt, die zu den genannten Zeiten garantiert erreichbar ist. Der neue Service erspart den Rostockerinnen und Rostockern mühselige Kontaktversuche und ermöglicht den Mitarbeitern ungestörte Beratung während der Sprechzeiten.

Er soll eine Brücke bauen für alle, die noch nicht online unterwegs sind und zum Beispiel einen Termin im Ortsamt wünschen, die Fragen zu den Leistungen und Services der Ortsämter haben oder wissen wollen, welche Unterlagen zu einem Termin mitgebracht werden müssen. Seit vier Jahren besteht die Möglichkeit, Termine unter der Internetadresse https://rathaus.rostock.de/de/online_terminvergabe/258038 zu buchen.

Je nach Dienstleistung können so feste Termine im Zeitraum von etwa zwei bis vier Wochen gebucht werden. Je nach personeller Besetzung werden Termine außerdem morgens zusätzlich kurzfristig freigeschaltet, oft noch für denselben Tag. Die Terminbestätigung per E-Mail erhält dann die Angaben zu den jeweils mitzubringenden Unterlagen.

Presse- und Informationsstelle Rostock

Hansemesse in Rostock Gastgeber für die Pflegemesse

Vom 10. bis 12.September 2024 ist die HanseMesse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zum 7. Mal Gastgeber der Pflegemesse. Die Messe bietet ein breites Spektrum an Ausstellern und Anbietern zu den Themengebieten Reha, Therapie und Pflege. Außerdem ist die Pflegemesse Plattform für Information, Vernetzung, Austausch und Weiterbildung. Zahlreiche Aussteller bieten die Möglichkeit sich über aktuelle Entwicklungen, Trends, Dienstleistungen und Produkte zu informieren, diese auszuprobieren und zu erwerben. Neben der Fachmesse findet ebenfalls vor Ort der Landespflegekongress statt. Der Kongress ist Podium für Fachkräfte und Experten und beleuchtet aktuelle Kontroversen, Herausforderungen und Erfolge aus dem Bereich Pflege und angrenzenden Professionen. Neben einem bunten Portfolio an Vorträgen und Podiumsdiskussionen bietet der Kongress über drei Tage Möglichkeiten zum Austausch und Netzwerken. Weiterhin können fachspezifische Fortbildungsseminare besucht werden.

Auch die Pflegestützpunkte aus dem ganzen Land Mecklenburg-Vorpommern werden mit einem Stand in der Messehalle vertreten sein. Die Stützpunkte präsentieren ihr breites Beratungsangebot und vermitteln für individuelle Beratung an die jeweiligen Experten vor Ort in ihrer Region. Am Messestand erhalten Sie beispielsweise Informationen zu den Themen Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Pflegegrade, Pflegeleistungen, Entlastungsleistungen sowie Kinderpflege. Außerdem informieren die Mitarbeitenden der Pflegestützpunkte zum Thema Nachbarschaftshilfe. Sie geben als zuständiger Servicepunkt Auskunft darüber, wie man sich ehrenamtlich nachbarschaftlich engagieren kann und was man dafür tun muss. So ist es für die Nachbarschaftshelfenden nach Absolvieren eines Grundkurses zum Beispiel möglich, bei entsprechend vorliegenden Voraussetzungen, für ihr Engagement eine Aufwandsentschädigung über den Entlastungsbetrag des pflegebedürftigen Nachbarn zu erhalten.

Pflege Stützpunkte Mecklenburg-Vorpommern
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Die Messe hat vom 10.bis 12. September jeweils von 9 bis 17 Uhr für Besucher geöffnet. Eine Tageskarte für die Messe kostet 8 Euro, 5 Euro ermäßigt. Informationen zur Anmeldung und Gebühren, auch speziell für den Landespflegekongress, gibt es auf der Internetseite www.inrostock.de/messen/pflegemesse. Weitere Informationen zu allen oben genannten und weiteren Pflegethemen erhalten Sie im Rahmen der Pflegemesse in Rostock am Messestand der Pflegestützpunkte oder bei Ihrem Pflegestützpunkt vor Ort.
Die entsprechenden Kontaktdaten erhalten Sie unter www.pflegestuetzpunktemv.de

Nele Kristin Meincke, Sozialberaterin Pflegestützpunkt, Rostock Nord

Pflegestützpunkte Rostock

Standort Nord
Warnowallee 30
18107 Rostock

Pflegeberater/-in: 0381 381-1507
Sozialberater/-in: 0381 381-1508
Fax: 0381 381-1505
Mail: PflegestuetzpunktNORD@rostock.de

Sprechzeiten:

(nach Terminvereinbarung)

Dienstag 09:00 – 12:00 Uhr, 13:30 – 17:30 Uhr
Donnerstag 09:00 – 12:00 Uhr, 13:30 – 16:00 Uhr

Standort Süd
Erich-Schlesinger-Str. 28
18059 Rostock

Pflegeberater/-in: 0381 381-1506
Sozialberater/-in: 0381 381-1509
Fax: 0381 381-1510
Mail: PflegestuetzpunktSUED@rostock.de

Dienstag 09:00 – 12:00 Uhr, 13:30 – 17:30 Uhr
Donnerstag 09:00 – 12:00 Uhr, 13:30 – 16:00 Uhr

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM RAUM FÜR ZUKUNFT

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Mitgliederversammlung in der Kramserei

Der Vorstand des Kreisseniorenbeirates hatte alle Mitglieder zur zweiten Mitgliederversammlung des Jahres 2024 eingeladen. Die Veranstaltung fand am 27. Juni 2024 in der „Kramserei" in einem wunderschönen ländlichen Ambiente in Alt Krenzlin statt. Auf der Tagesordnung standen verschiedene sehr interessante Punkte. Nach der Eröffnung durch die Vorstandsvorsitzende Ilona Mundt-Schalk ließ die Bürgermeisterin der Gemeinde Sybilla Meyer-Kropp es sich nicht nehmen, ein Grußwort zu halten. Anschließend hörten wir einen Vortrag von Daniel Lichy, Projektkoordinator der Landesfachstelle Demenz für M-V, der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, zum Thema „Sorgende Gemeinschaften – Alters- und demenzgerechte Lebensräume in den Kommunen". Ergänzt wurden seine Ausführungen durch einen Wissensblock zum Thema Demenz. Dies übernahm mit vielen praktischen Beispielen unter dem Titel „Öffnen und Vernetzen für ein integriertes, sorgendes Miteinander" Sina Jankowiak von der Selbsthilfe Demenz in Rostock, ebenfalls angesiedelt bei der Deutschen Alzheimer Gesellschaft.

Die „Kramserei" in Alt Krenzlin

Alle Mitglieder des Kreisseniorenbeirates waren sich einig, dass diese Themen inzwischen für alle Gemeinden in unserem Landkreis von besonderer Bedeutung sind, da der demografische Wandel vor keinem Ortsschild halt macht.

Kulturprogramm auf der Mitgliederversammlung *Fotos: Anett Nuklies*

Im nächsten Tagesordnungspunkt berichtete Andrea Tralau von der Stabsstelle Gleichstellung, Generationen und Vielfalt unseres Landkreises über verschiedene Aktionen im Projekt „Gemeinsam, Aktiv und Selbstbestimmt" und stellte sich als neue Ansprech-

partnerin vor. Beispielsweise ist die aktuelle Briefaktion ein voller Erfolg. Über 800 Einsendungen erreichten sie und werden in den kommenden Wochen an ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen verteilt.
Der Vorstand des Kreisseniorenbeirates berichtete außerdem über aktuelle Themen und seine Arbeit in verschiedenen Kreis- und Landesgremien. Danach gab es einen regen Austausch der Mitglieder sowie Informationen der kommunalen Seniorenbeiräte aus verschiedenen Gemeinden.
Es ist inzwischen Tradition, dass bei einer Zusammenkunft der Mitglieder des Kreisseniorenbeirates auch ein kultureller Beitrag dazugehört. Diesmal standen Volkslieder auf dem Programm, die gemeinsam mit Akkordeonbegleitung, unter Anleitung von Lisa Nietzsche, der Chorleiterin des Heimatchores Dobbertin, gesungen wurden.
Ein besonderer Programmpunkt war die Projektvorstellung des „Kramser Digi-Treffs“ durch Projektleiter Klaus Schwerter sowie Hanne Gutzmann bei einer gemeinsamen Kaffeetafel im Gemeindehaus.

Anett Nuklies,
Koordinatorin KSB LK LUP

LANDKREIS ROSTOCK

Landkreis Rostock
So weit. So gut.

Konzert mit Landespolizeiorchester ein voller Erfolg

Zu einem besonderen Konzerterlebnis hatten das Quartiersmanagement des DRK des Kreisverbands Güstrow e.V., der Seniorenbeirat der Stadt Bützow und der Förderverein der Miniaturstadt Bützow e.V. gemeinsam eingeladen.
Mirko Flora hatte die Idee zur Veranstaltung „Bützow in Konzert“ und stellte den Kontakt zum Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern her. Gern folgten die 32 Musiker der Einladung nach Bützow und spielten hier Ende Juni Märsche, Filmmusik und andere bekannte Melodien für den guten Zweck. Die Überschüsse aus den Einnahmen an diesem Abend sollten zum Ende der Veranstaltung als Spenden übergeben werden – eine Herzensangelegenheit für die Veranstaltenden. „800 Euro sind für die Jugendfeuerwehren in Göllin und Bernitt, das Hospiz am Rostocker Südstadtklinikum und für das Feriencamp benachteiligter Kinder in der Miniaturstadt Bützow zusammengekommen“, fasst DRK Quartiersmanager Mirko Flora zusammen, der sich aktiv für eine lebendige Gemeinschaft im Quartier Bützow Land einsetzt. Sein Engagement vor Ort wird durch eine Förderung der Deutschen Fernsehlotterie über ihre Stiftung Deutsches Hilfswerk ermöglicht. Die finanziellen Mittel stammen aus den Losverkäufen der Deutschen Fernsehlotterie. Die Musiker des Landespolizeiorchesters sorgten mit ihrer musikalischen Darbietung für eine einzigartige Stimmung im Publikum. Musikalisch war für jeden etwas dabei. Es wurde geschunkelt und mitgesungen. Gelobt wurde die gesamte Organisation, insbesondere die Hin- und Rückfahrt mit den Bussen des DRK-Fahrdienstes, das Geleiten der Besucher zum Platz, die Informationsangebote mit Ständen des DRK, des Seniorenbeirates, des Hospizes sowie der Feuerwehren Göllin und Bernitt.

800 Euro an Spenden konnten die Initiatoren an diesem Abend übergeben

Senioren auf dem Musikevent in Bützow *Fotos: Peter Schmidt*

„Unser Dank gilt Birgit Czarschka und der Crew des Fördervereins der Miniaturstadt Bützow, da sie die Idee von Anfang an unterstützt haben und uns bei der Umsetzung nicht allein ließen“, sagt Mirko Flora und ergänzt: „Lieben Dank auch an alle ehrenamtlichen Mitstreiter.“
Wichtig sei aber auch zu erwähnen, dass solch eine Veranstaltung ohne die Unterstützung von Sponsoren und Einzelspendern nicht möglich gewesen wäre, sagt Mirko Flora.

Caroline Awe
DRK Kreisverband Güstrow

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Letzte Sitzung des Seniorenbeirats in dieser Wahlperiode

Am 18. Juni dieses Jahres fand die letzte Sitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Schwerin statt. Diese Sitzung wurde an einem besonderen Ort durchgeführt: in der Schweriner IT- und Servicegesellschaft mbH (SIS). Der Sitzungsort wurde ausgewählt, da Matthias Effenberger, der Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der SIS und der (Kommunalservice Mecklenburg (KSM), den Mitgliedern des Seniorenbeirats einen Einblick in eines der interessantesten Unternehmen der Landeshauptstadt gegeben hat. Er berichtete über die Unternehmensgründung der SIS/KSM, über die Leistungsbereiche, die Serviceangebote und die Kooperation des Unternehmens. Am Beispiel der Schuldigitalisierung wurde den Mitgliedern der grundlegende Auf- und Ausbau der infrastrukturellen Digitalisierung erörtert.

Herr Effenberger fasste den 2021 stattgefundenen Hackerangriff auf das Rechenzentrum der Stadt Schwerin zusammen und zeigte die nun teilweisen restriktiven Maßnahmen hinsichtlich der IT-Sicherheit in vielen Bereichen der Verwaltung auf. Nach diesem interessanten Überblick informierte das Beiratsmitglied Alexander Jöst über die Inhalte der Website der Landeshauptstadt Schwerin (www.schwerin.de) sowie über das Bürgerinformationssystem. Von Beatrice Tamm, einer Mitarbeiterin des SIS, bekamen wir einen Einblick in das lokale Serviceportal sowie einige Erläuterungen zu angebotenen Verwaltungsleistungen. Auch wurde uns dargestellt, dass zukünftig ein zentrales Nutzungskonto für die Serviceleistungen für die gesamte Bundesrepublik in Planung ist.

Mitglieder des Seniorenbeirates während ihrer Sitzung *Foto: Walter Heinrich*

Nun informierte der Vorsitzende des Seniorenbeirates über den Ablauf der Wahl des zukünftigen Seniorenbeirates. Er stellte noch einmal die wesentlichen Aufgaben dieses Gremiums dar. Dabei soll in der nächsten Legislaturperiode eine engere Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro erfolgen. Auch liegen Reserven in der Kooperation und Zusammenarbeit mit den politischen Gremien. Des Weiteren müssen in der nächsten Amtszeit noch mehr Stellungnahmen und Anfragen an die Stadtvertretung und an die Stadtverwaltung verfasst werden. Eine konstruktive und erfolgreiche Wahlperiode geht zu Ende. Aber jedes Ende ist auch ein neuer Anfang.

Walter Heinrich

Aktionstag in den Schweriner Höfen

Einladung zum 30. Welt-Alzheimertag am 18. September nach Schwerin

Der Welt-Alzheimertag feiert dieses Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Unter dem Motto „Demenz – Gemeinsam. Mutig. Leben“ lädt das Netzwerk Demenz Schwerin am Mittwoch, den 18. September 2024 zu einem Aktionstag in den Schweriner Höfen ein. Von 10 bis 16 Uhr erwartet die Besucher ein buntes Programm mit vielfältigen Aktionen und Informationsständen.

Ein abwechslungsreiches Programm für alle

Der Aktionstag bietet eine breite Palette an Aktivitäten und Informationsmöglichkeiten für alle Interessierten, Menschen mit Demenz, Pflegebedürftige, ihre Angehörigen sowie Fachkräfte.

Verschiedene Schweriner Anbieter, Vereine und Institutionen stellen ihre Angebote vor. Mit dabei sind u. a. das Zentrum Demenz, der Pflegestützpunkt Schwerin, die Betreuungsbehörde, der Verein „Hand in Hand“, das Projekt „PfiFf – Pflege in Familien fördern“, das Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung, der Sportverein Argus e.V. sowie ein Sanitätshaus.

Besucher können an den Informationsständen Fragen stellen, einen Alterssimulationsanzug ausprobieren und den Demenzparcours durchlaufen, um die Einschränkungen von Betroffenen nachzuvollziehen. Ein Workshop für Schüler wie auch der Vortrag „Achtsamkeit für pflegende Angehörige“ informiert zum Thema Demenz. Ein Bücherregal in der Hauptstelle der Stadtbibliothek stellt zudem Literatur zum Thema Demenz zur Verfügung. Geplant ist auch eine Buchlesung für Vorschulkinder aus einem thematischen Kinderbuch in der Bibliothek.

Filmvorführung und Gesprächsrunde
Um 17 Uhr wird im Filmpalast Capitol der Film „The Father“ gezeigt. Anschließend findet eine Gesprächsrunde mit Medizinern der Helios Klinik für Gerontopsychiatrie und Psychotherapie Schwerin sowie Mitarbeitern des Zentrums Demenz und des Pflegestützpunktes Schwerin statt. Die Helios Klinik Schwerin stellt hierfür kostenlos 250 Kinokarten zur Verfügung. Die Kinokarten können am 18. September ab 16Uhr im Filmpalast Capitol am Informationsstand des Netzwerkes Demenz abgeholt werden.

Lesertelefon der SVZ
Am 20.September 2024 findet von 10 bis 12 Uhr das alljährliche Lesertelefon der Schweriner Volkszeitung zum Thema Demenz statt. Interessierte können sich mit ihren Fragen telefonisch an Fachkräfte aus Medizin, Beratung und Pflege wenden.

Das Netzwerk Demenz Schwerin
Im Netzwerk Demenz Schwerin kooperieren Mitarbeiter aus der Helios Klinik für Gerontopsychiatrie und Psychotherapie, dem Zentrum Demenz, dem Comtact Helferkreis, dem Pflegestützpunkt Schwerin und dem Gesundheitsamt Schwerin. Gemeinsam setzen sie sich für die Belange von Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen vor Ort ein und planen jedes Jahr zum Welt-Alzheimertag verschiedene Aktionen, um auf das Thema aufmerksam zu machen und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
Alle Bürger sind herzlich eingeladen, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Der Eintritt ist kostenlos.
Nähere Informationen in der lokalen Presse oder beim Pflegestützpunkt Schwerin, Telefon: 0385 545-2121, E-Mail: pflegestuetzpunkt@schwerin.de

Katrin Weltzien
Sozialberaterin Pflegestützpunkt Schwerin

Gesundheitstag im Haus der Begegnung Schwerin

Katrin Weltzien (links) und Simone Gladasch beraten die Besucher auf dem Gesundheitstag. *Foto: Haus der Begegnung*

Unter dem Motto von Arthur Schopenhauer: „Gesundheit ist alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“, fand am 22. Mai 2024 von 14 bis 16 Uhr der Gesundheitstag des VdK im „Haus der Begegnung“ in der Perleberger Straße statt. Viele interessante Angebote verschiedener Vereine und Verbände und Mit-mach-Aktionen, darunter Blutzuckertest und Venenfunktionstest, standen für die Besucher und Besucherinnen bereit. Mit dabei auch der Pflegestützpunkt Schwerin und die Vernetzungsstelle Seniorenernährung MV. Neben den Informationen des Pflegestützpunktes zu allen Fragen rund um die Pflege, Antragsstellung, Schwerbehinderung, Vorsorgevollmacht und mehr, gab es von der Vernetzungsstelle Seniorenernährung MV gesundheitsrelevante Auskünfte und Hinweise zum „DGE-Qualitätsstandard für `Essen auf Rädern´ und in Senioreneinrichtungen“, zum Thema „Essen und Trinken im Alter – Besonderheiten und Herausforderungen“ und natürlich eine Vielzahl von Rezepten zum Mitnehmen, die nährstoffreich und kostengünstig in der Zubereitung sind.
Weitere Informationen oder ein Beratungstermin sind im Pflegestützpunkt oder in der Vernetzungsstelle erhältlich.

KONTAKT:

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Vernetzungsstelle Seniorenernährung Mecklenburg-Vorpommern
Simone Gladasch
Projektleitung
Am Grünen Tal 50
19063 Schwerin
Tel: (0385) 2075 6849
E-Mail: info@dgevesen-mv.de
Homepage: www.dgevesen-mv.de

Pflegestützpunkt Schwerin

Pflege Stützpunkt Schwerin
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Am Packhof 2-6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 545-2120/-2121
E-Mail:
pflegestuetzpunkt@schwerin.de
Internet:
www.pflegestuetzpunkteMV.de

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Neuer Vorstand beim Neubrandenburger Seniorenbeirat

Ein neu besetzter Vorstand setzt sich nun für die Belange älterer Menschen in der Vier-Tore-Stadt ein. Helmut Wärmeling ist neuer Vorsitzender des Seniorenbeirates Neubrandenburg. Mitte Juni 2024 fanden zur Beiratssitzung des Seniorenbeirates die turnusmäßigen Vorstandswahlen statt. Die Vorstandsmitglieder Peter Lundershausen, Hans Asmus, Eckhard Gründer und Günter Schuldt standen für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

Helmut Nimmer, Willi Börninck, Susanne Jeske, Bodo Herschelmann, Cornelia Goßmann, Christian Jenewsky, Vorsitzender Helmut Wärmeling, Lea Tillmann (v.l.n.r.).

Als neue Kandidaten haben sich Helmut Wärmeling, Susanne Jeske, Cornelia Goßmann, Willi Börninck und Bodo Herschelmann zur Verfügung gestellt und alle sind einstimmig gewählt worden. In der anschließenden konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes sind Helmut Wärmeling als neuer Vorsitzender des Seniorenbeirates Neubrandenburg und Bodo Herschelmann zu seinem Stellvertreter gewählt worden. Der neue Vorstand bedankte sich bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre sehr gut geleistete Arbeit mit einem Blumenpräsent.

Der Seniorenbeirat der Stadt ist die demokratisch legitimierte Vertretung älterer Menschen in Neubrandenburg. Er vertritt die Belange älterer Menschen generationsübergreifend in der Öffentlichkeit, bei den demokratischen Parteien, der Stadtvertretung und ihren Ausschüssen sowie der Stadtverwaltung. Seine Aufgabe ist es, an der seniorengerechten Gestaltung der Stadt mitzuwirken und die Interessen älterer Mitbürger zu vertreten.

Helmut Wärmeling

Notrufe in Pflegeeinrichtungen

BIVA fordert Klarheit bei Reaktionszeiten auf Klingelrufe

Der BIVA-Pflegeschutzbund äußert sich besorgt über den aktuellen Streit um die Reaktionszeiten auf Klingelrufe in Pflegeeinrichtungen, der nun vor Gericht verhandelt wird. Dieses Verfahren beleuchtet ein zentrales Problem der Pflegequalität und Patientensicherheit in Deutschland.

„Es ist alarmierend, dass es überhaupt zu einem Rechtsstreit über eine so grundlegende Frage wie die Reaktionszeit auf Klingelrufe kommen muss“, erklärt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes. „Pflegebedürftige Menschen sind auf schnelle Hilfe angewiesen. Lange Wartezeiten beeinträchtigen das Wohlbefinden der Bewohner erheblich und gefährden deren Gesundheit, da es sich immer um einen Notfall handeln könnte.“ Zwar sei nicht jedes Klingeln dringlich, aber es müsse schnellstmöglich abgeklärt werden, ob eine Notlage vorliege.

Der BIVA-Pflegeschutzbund fordert die Politik auf, dringend Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegequalität zu ergreifen. „Wir fordern eine bundesweite, einheitliche Regelung, die klar definiert, wie schnell auf einen Notruf reagiert werden muss“, so Stegger. Dies müsse streng überwacht und durchgesetzt werden. „Eine schnelle und angemessene Reaktion auf Klingelrufe darf kein Luxus, sondern muss selbstverständlicher Standard sein.“

In vielen Pflegeeinrichtungen bestehen erhebliche Unterschiede in der Reaktionszeit auf Notrufe, oft bedingt durch Personalmangel und organisatorische Defizite. Besonders besorgniserregend ist die Erkenntnis aus dem BIVA-Beratungsdienst, dass in einigen Fällen als Repressalie die

Klingel außer Reichweite der Bewohner platziert wird. „Diese Praxis ist absolut inakzeptabel und verstößt gegen die grundlegenden Rechte der Pflegebedürftigen. Eine einheitliche Regelung könnte auch dies verhindern." Hintergrund des Falles ist ein Streit zwischen den Betreibern einer Pflegeeinrichtung in Bayern und der Heimaufsicht des zuständigen Landratsamtes. Die Heimaufsicht hatte beklagt, dass die Reaktionszeiten auf Notrufe teilweise unzumutbar lang sind und die Einrichtung per Bescheid zu einer Reaktion innerhalb von fünf Minuten verpflichtet. Gegen diesen Bescheid geht die Einrichtung vor. Das Gericht muss nun klären, inwieweit Pflegeeinrichtungen zur Einhaltung bestimmter Reaktionszeiten verpflichtet werden können. ■

SoVD gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Behinderten- und menschenfeindliche Äußerungen der AfD verurteilt

Erneut kommen aus den Reihen der AfD behinderten- und menschenfeindliche Äußerungen. So veröffentlichte ihr Spitzenkandidat für die Europawahl Maximilian Krah kürzlich auf der Social-Media-Plattform TikTok ein Video, in dem er das neue Angebot der Tagesschau in leichter Sprache als „Nachrichten für Idioten" bezeichnet.

Michaela Engelmeier SoVD Vorstandsvorsitzende: „Es ist unerträglich, wie sich Funktionäre und Mitglieder dieser Partei über Menschen äußern, die nicht ihrem ‚Idealtypus' entsprechen. Krah spricht auf perfide Weise gezielt junge Menschen an und versucht, sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Er lässt jeden Respekt vor der Würde von Menschen mit Behinderungen vermissen. Mit solchen Äußerungen bereitet er den Nährboden für Anschläge wie jüngst auf eine Einrichtung der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen, bei der die Fenster der Einrichtung mit Aufrufen zur Euthanasie beschmiert wurden. Dabei handelt es sich keineswegs um Einzelfälle. Thüringens rechtsextremer AfD-Chef Björn Höcke hat sich beispielsweise dagegen ausgesprochen, Kinder mit Behinderungen in Regelschulen zu unterrichten. Jedem muss klar sein, dass er mit seiner Stimme eine Partei unterstützt, deren Ziel die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist.

Die Programmatik der AfD geht von einem nicht existierenden, homogenen Volk' aus und wertet Menschen ab, die aus ihrer Sicht nicht dazugehören. Der SoVD wendet sich vehement gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die von Anhängern und Mitgliedern der AfD immer wieder praktiziert wird."

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende ruft zur Gegenbewegung auf: „Dass die Tagesschau barrierefreier wird, haben wir zuletzt als nachahmenswerte Entwicklung sehr begrüßt. Unser Ziel ist es, Inklusion und Barrierefreiheit in unserer Gesellschaft voranzubringen. Deshalb ist das neue Angebot ein wichtiger Schritt für mehr Teilhabe. Ich rufe daher alle demokratischen Akteure auf, sich gemeinsam gegen Ausgrenzung einzusetzen. Gerade jetzt müssen wir gemeinsam der menschenfeindlichen Propaganda aus den Reihen der AfD entgegentreten. Wir alle müssen dies als Ansporn für noch mehr Inklusion an noch mehr Stellen in unserer Gesellschaft sehen, anstatt tatenlos zuzusehen, wie rechte Hetze immer salonfähiger wird." ■

Kürzungen verhindern – in Zusammenhalt investieren

Wohlfahrtsverbände warnen vor drohenden Sozialkürzungen im Bundeshaushalt

Vor dem Hintergrund drohender Kürzungen im Bundeshaushalt warnen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vor einer gefährlichen Abwärtsspirale, in der immer mehr Angebote der Sozialen Arbeit eingestellt werden müssten. Menschen in schwierigen Lebenssituationen und Notlagen zu helfen, wird für die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege angesichts massiver Kostensteigerungen und sinkender Haushaltsmittel immer schwieriger. Die Spitzen von Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO), Deutschem Caritasverband (DCV), dem Paritätischen Gesamtverband, Deutschem Roten Kreuz (DRK), der Diakonie Deutschland und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) fordern eine Trendwende bei der Finanzierung der Sozialen Arbeit. Sie sehen bei weiteren Kürzungen den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet. In den Ergebnissen der Umfrage zur finanziellen Lage der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege wird ein teilweise pessimistisches Stimmungsbild von der Zukunft der Sozialen Arbeit in Deutschland deutlich.

Knapp zwei Drittel der Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohl-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

fahrtspflege mussten aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in den vergangenen beiden Jahren ihre Angebote einschränken oder ganz einstellen.
Mehr als drei Viertel der Befragten rechnen damit, ihre Angebote auch 2025 weiter zurückfahren zu müssen. Mehr als 70 Prozent der Einrichtungen und Organisation befürchten, dass sich die Reduzierung der Angebote negativ auf demokratisches Engagement vor Ort auswirken wird.
BAGFW-Präsident Michael Groß (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband): „Unsere Umfrage zeigt: Die Sparpolitik des Finanzministers ist eine ernste Bedrohung für die soziale Infrastruktur in unserem Land. Statt auf Kosten der Menschen und ihrer Zukunft zu sparen, muss die Bundesregierung umsteuern und in Zusammenhalt investieren!"
Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes (DCV): „Kitas und Sozialstationen, Schuldnerberatungsstellen und Familienzentren – mit diesen Angeboten spannt die Freie Wohlfahrtspflege im sozialen Nahraum ein Netz, das trägt. Es trägt Menschen, die von Schicksalsschlägen gebeutelt sind, die arm sind, krank oder einsam. Einsparungen in Stadt, Land und Bund reißen Löcher in dieses Netz. Da wo die Kürzungen digitale Angebote wie die Online-Beratung betreffen, werden neben der analogen Nachbarschaft auch virtuelle Begegnungsräume zerstört."
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes: „Ungleichheit und Armut gefährden die Grundlagen sozialer und politischer Teilhabe. Das Abhängen ganzer Regionen und Stadtteile sowie die massenhafte Ausgrenzung von Menschen dürfen wir uns nicht länger leisten. Mit dem Bundeshaushalt 2025 muss die Bundesregierung ein Signal gegen Verdrossenheit und Resignation setzen - für soziale Rechte und gemeinnützige Angebote, für alle und vor Ort."
Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK): „Eine starke Gesellschaft lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne des Gemeinwohls mitgestalten. Wenn soziale Angebote beispielsweise in der Alten-, Kinder- und Jugendhilfe wegfallen, fallen auch Orte des ehrenamtlichen Engagements und damit des gesellschaftlichen Zusammenhaltes weg. Um dem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, muss dringend in den sozialen Sektor investiert und das Ehrenamt gestärkt werden. Schließlich ist das Ehrenamt das Rückgrat unserer Gesellschaft. Daran zu sparen wäre fatal."
Rüdiger Schuch, Präsident der Diakonie Deutschland: „Die Gestaltung des Bundeshaushalts wirkt sich auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie aus. Weitere Kürzungen bei sozialpolitischen Leistungen und bei der Förderung von Freiwilligem Engagement im Bundeshaushalt 2025 sind demokratiegefährdend und nicht akzeptabel. Wer stattdessen die soziale Arbeit in den Wohlfahrtsverbänden stärkt und in den Sozialstaat investiert, sichert die Demokratie und unterstützt konkret den gesellschaftlichen Zusammenhalt."
Abraham Lehrer, Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST): „Mit den Krisen der vergangenen Jahre haben die Bedarfe im Bereich Integration und Migration stark zugenommen. Die zivilgesellschaftlichen Beratungsstrukturen sind diesen Herausforderungen erfolgreich entgegengetreten. Aus der Erfahrung der Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge wissen wir: Die Unterstützung und Befähigung gesellschaftlicher Teilhabe ist eine Langzeitaufgabe und erfordert verlässliche Strukturen. Unzureichende Beratungsstrukturen können gesellschaftliche Spaltung bedeuten und antidemokratische Ressentiments befeuern."
Eine Zusammenfassung der Umfrageergebnisse unter nachfolgendem Link: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Seiten/Presse/docs/Sozialk%C3%BCrzungen_verhindern_in_Zusammenhalt_investieren.pdf ■

Langzeitanalyse Einsamkeitsbarometer

Beobachtung der Einsamkeitsbelastung in Deutschland

Bundesfamilienministerin Lisa Paus stellte am 30. Mai 2024 das Einsamkeitsbarometer vor. Es ist die erste umfassende Analyse des Einsamkeitserlebens der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren. Die Langzeitanalyse ist Teil der „Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit" und wurde auf Grundlage des Sozioökonomischen Panels, SOEP - jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung von Privathaushalten, mit Daten von 1992 bis 2021 durch das vom BMFSFJ geförderte „Kompetenznetz Einsamkeit" am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik aufbereitet.

Ältere und jüngere Menschen sind am häufigsten betroffen, außerdem Menschen, die intensive Care-Arbeit leisten. Einsame Menschen nehmen seltener an Wahlen teil und engagieren sich weniger.
So bleibt Einsamkeit ein drängendes Problem und schadet uns als Gesellschaft. Als Bundesregierung holen

wir das Thema aus der Tabu-Ecke und gehen es mit der Strategie gegen Einsamkeit an. Mit dem Einsamkeitsbarometer haben wir nun die nötigen Daten, um noch gezielter handeln zu können.
Benjamin Landes, Direktor des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und Leiter des Projekts Kompetenznetz Einsamkeit: „Das Einsamkeitsbarometer legt einen wichtigen Grundstein für eine regelmäßige Beobachtung der Einsamkeitsbelastung der deutschen Bevölkerung.
Die Ergebnisse zeigen einerseits einen erfreulichen Rückgang der Einsamkeitsbelastung nach der Pandemie für einen großen Teil der Bevölkerung.
Gleichzeitig bleiben bestimmte Risikogruppen stark belastet und hier müssen wir besonders genau hinschauen und auch weiter unterstützen."

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:
Bernd Rosenheinrich (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. August 2024;
Redaktionsschluss für Nr. 4/2024: 7. November 2024

Zentrale Ergebnisse des Einsamkeitsbarometers:
Einsamkeitsbelastungen durch die Corona-Pandemie gehen zurück. Die Einsamkeitsbelastungen bei der Gesamtbevölkerung stiegen von 7,6 Prozent in 2017 auf 28,2 Prozent in 2020 und liegen bei 11,3 Prozent in 2021. Ältere und jüngere Menschen sind am häufigsten betroffen. Personen über 75 Jahren sind im Längsschnitt am stärksten von Einsamkeit betroffen. Die Ergebnisse des Einsamkeitsbarometers zeigen, dass Einsamkeit sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirkt.
Armut, Care-Arbeit und Migration hängen stark mit Einsamkeit zusammen. Der Anteil von erwerbslosen Menschen mit Einsamkeitsbelastungen ist stark erhöht. Es gibt regionale Unterschiede, aber nur geringe Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Ländern und keinen signifikanten Unterschied in den Einsamkeitsbelastungen zwischen Menschen in ländlichen und städtischen Gebieten. Gesellschaftliche Teilhabe, soziale Bindungen und Bildung wirken als Resilienzquellen von Einsamkeit: Die deutsche Bevölkerung verfügt über ein solides Fundament an Resilienzfaktoren gegen Einsamkeit. Die Besuchsfrequenzen zu Primärbeziehungen, Familie, Freunden und Freundinnen sowie Nachbarn und Nachbarinnen, sind auf einem konstant hohen Niveau – auch während der Pandemie. Die Zufriedenheit mit der Qualität der Primärbeziehung ist konstant hoch. Aktiver Sport ist für viele Menschen eine zunehmend wichtige Form sozialer Teilhabe. Personen mit höherer Bildung sind weniger von Einsamkeit betroffen als Personen mit mittlerer Bildung, die wiederum weniger von Einsamkeit betroffen sind als Personen mit geringer Bildung.
Das Gefühl von „Einsamkeit" beschreibt die als unangenehm empfundene Erfahrung von unzureichend empfundenen eigenen sozialen Beziehungen. Betroffene haben das Gefühl, dass ihnen oft die Gesellschaft anderer fehlt.
Die Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit wurde Ende 2023 beschlossen. Die darin enthaltenden 111 Maßnahmen beinhalten fünf Ziele: Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Wissen und Praxis stärken, bereichsübergreifend agieren und Menschen unterstützen, Angebote ausbauen. Das Bundesfamilienministerium will das Thema damit strategisch angehen. Denn Einsamkeit schadet den Betroffenen und ihrem Umfeld und auch unserer Demokratie.

Über das Kompetenznetz Einsamkeit
Das Kompetenznetz Einsamkeit setzt sich mit den Ursachen und Folgen von Einsamkeit auseinander und fördert die Erarbeitung und den Austausch über förderliche und hinderliche Faktoren in der Prävention und Intervention bei Einsamkeit in Deutschland. Dazu verbindet das KNE Forschung, Netzwerkarbeit und Wissenstransfer. Das Projekt hat zum Ziel, das bestehende Wissen zum Thema Einsamkeit zu bündeln, Wissenslücken zu schließen und gewonnene Erkenntnisse in die politische und gesellschaftliche Praxis einfließen zu lassen. Das Projekt wird durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. umgesetzt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.
Das Einsamkeitsbarometer steht zum Download unter: www.bmfsfj.de/einsamkeitsbarometer bereit, sowie weitere Informationen zum Thema auf: www.bmfsfj.de und www.kompetenznetz-einsamkeit.de. ■

„In einem dankbaren Herzen herrscht ewiger Sommer."

Celia Thaxter war eine US-amerikanische Dichterin (29. Juni 1835 bis 25. August 1894)

Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.
Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de